

Danziger Zeitung.

№ 10644.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Rotherbagenstraße No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postämtern des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Zeilen oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1877.

Lotterie.

Bei der am 7. d. angefangenen Ziehung der ersten Klasse 157. R. Preuss. Klassenlotterie sind folgende Gewinne gefallen: 1 Gewinn zu 3600 M. auf No. 63 747, 2 Gewinne zu 1500 M. auf No. 36 561 und 46 20, 3 Gewinne zu 300 M. auf Nr. 6937, 23 073 u. 91 994.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Petersburg, 8. Novbr. Offiziell wird aus Kurland, 6. November, gemeldet: Die vereinigten Colonnen der Generale Heimann und Zergulassoff schlugen am 4. November, nach unentschiedenem Kampfe auf der besetzten Position von Dowe-Boyan die Truppen Muthar und Zmail Pascha's. Die Türken flüchteten in voller Unordnung, das Lager, die Waffen und Vorräthe zurücklassend.

Paris, 8. Novbr. Mac Mahon erklärte bei dem vorgestrigen Empfang der Delegirten der Rechten auf das Bestimmteste, er sei entschlossen, nicht zurückzutreten.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Paris, 7. Nov. Die Bureau der Linken der Deputirtenkammer haben beschlossen, in den Verhandlungen der verschiedenen Gruppen der Linken den Vorschlag zu machen, ein Comité von 10 Mitgliedern zu ernennen. Dasselbe soll während der ganzen Dauer der Krise die Verhandlungen führen und im Namen der verschiedenen Gruppen der Linken Entscheidungen treffen. Letztere werden sich während dieser Zeit nicht vereinigen, sondern diesem Comité jede Initiative und jede Entscheidung überlassen. — Der „Moniteur“ besteht auf der Bildung eines Ministeriums der reinen Linken.

Paris, 7. November. Wie der „Agence Havas“ aus Konstantinopel telegraphirt wird, sollen die noch im Asow'schen Meere befindlichen neutralen Schiffe demnach von der Pforte die Erlaubnis erhalten, aus den russischen Häfen auszulassen unter der Bedingung, daß sie ihre Ladungen, wenn sie aus Cerealien bestehen, in Konstantinopel löschen.

Versailles, 7. November. Deputirtenkammer. Deseaux eröffnet als Alterspräsident die Versammlung, da Raspaill durch Unwohlsein verhindert ist, der Versammlung beizuwohnen. Deseaux erwähnte dieses Umstandes in seiner Eröffnungsrede und gedachte sodann des Hinscheidens Thiers', dessen Verdienste um das Land er unter dem lebhaftesten Beifall der Versammlung hervorhob. Deseaux erklärte ferner, die gegenwärtige Kammer werde, wie ihre Vorgängerin, es sich angelegen sein lassen, für die Befestigung der Republik thätig zu sein und sie gegen jeden Angriff, woher derselbe auch komme, vertheidigen. Er schloß seine Rede mit den Worten: „Es lebe die Republik, es lebe der Friede!“ (Lebhafter Beifall.) Die Kammer schritt darauf zur Wahl der provisorischen Bureau's. Zum provisorischen Präsidenten wurde Grévy mit 290 Stimmen gewählt. 170 Stimmentel waren unbeschrieben. Zu provisorischen Vicepräsidenten wurden Nameau und Lepère gewählt. Grévy nahm die auf ihn gefallene Wahl zum Präsidenten dankend an und erklärte, er rechne auf die wohlwollende Unterstützung der Kammer bei Führung der Geschäfte. Die Sitzung wurde hierauf geschlossen. — Die heutige Sitzung des Senats verlief ohne jeden Zwischenfall. Auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung wurde der Gesetzentwurf über den Generalstab gesetzt.

New-York, 7. November. Nach weiter eingegangenen Meldungen sind bei den geistigen Staatswahlen in Pennsylvania, Virginien, Mississippi, Maryland und Newyork die demokratischen Candidaten gewählt worden, während die Republikaner außer in Massachusetts, auch in Kansas, Connecticut und Minnesota den Sieg davon trugen.

Abgeordnetenhaus.

10. Sitzung vom 7. November.

Vom Abg. v. Mantuffel liegt der Antrag vor, wegen der räumlichen und akustischen Verhältnisse des Sitzungssaales den § 46 der Geschäftsordnung dahin abzuändern: „Die Redner sprechen von der Rednertribüne. Persönliche Bemerkungen oder Bemerkungen zur Geschäftsordnung dürfen mit Genehmigung des Präsidenten vom Platte aus gemacht werden. Den Mitgliedern des Hauses ist das Vorlesen schriftlich abgefaßter Reden nur dann gestattet, wenn sie der deutschen Sprache nicht mächtig sind. Die Vorlesung erfolgt von der Rednertribüne aus.“ — Der Antragsteller wendet sich zugleich an die Fractionen der Redenden wie der Hörenden. Die ersteren sollten sich die kleine Unbequemlichkeit gefallen lassen, die Tribüne zu besteigen, weil ein großer Theil der Hörenden bei den Reden vom Platte sehr übel daran ist. Nachdem Abg. Berger auf den Uebelstand aufmerksam gemacht hat, daß sich bei großen Debatten viele Redner in die Liste aufzunehmen lassen, als wirklich die Absicht zu sprechen haben, und Abg. Ludwig eine Geschäftsordnung verlangt hat, die es auch den Schwerhörigen möglich macht, gut zu hören, erklärt sich Abg. Windthorst (Meppen) gegen den Antrag, weil die Tribüne des Hauses, wie sie nun einmal ist, für diejenigen, die nicht mehr die Elasticität der Jugend besitzen, nicht ohne Gefahr des Halsbrechens zu ersteigen ist, sobald aber auch, weil das ausschließliche Sprechen von der Tribüne den Charakter der Discussion verändere. — Abg. Cremer ist für den Antrag, sieht aber den größeren Nachtheil für den erscheinenden Charakter der Discussion in den vorgetragenen Anträgen auf. Er ist in der Regel den Namen Wagner (Straßburg) tragen. Abg. v. Schorlemer-Mst tröstet den Antragsteller über den Nachtheil sechs Stunden zu sitzen, ohne etwas zu verstehen, mit der nicht beneidenswerthen Lage derjenigen, die alles verstehen, und will auf den Vortheil nicht verzichten, das Angesicht des Präsidenten zu sehen, weil es zuweilen für manche Redner beruhigend ist zu wissen, ob er Wiene macht nach der

Glocke zu greifen. Abg. Hansen (Oldenburg) hält die Einwendungen Windthorst's für nichts sagend (oder wie er selbst später gesagt zu haben behauptet, für nicht durchschlagend), ein Ausbruch, den Abg. Hänel sich nur dadurch erklären kann, daß die parlamentarischen Erfahrungen des Hrn. Hansen von etwas jungem Datum sind. Zur Sache selbst empfiehlt er als Schutzmittel gegen Unruhe im Hause und Unaufmerksamkeit Ruhe und Aufmerksamkeit, ein schwaches Organ sei freilich nicht zu korrigieren. Abg. Hansen würde von der Ausrufung Hänel's sagen, sie sei arrogant, wenn der Ausbruch parlamentarisch zulässig wäre, was Präsident v. Bennigsen freilich mit großer Bestimmtheit verneint. Abg. Hänel hat das Wort „nichts sagend“ verstanden und nur darum Hrn. Hansen daran erinnern wollen, etwas bescheidener zu sein. Abg. Windthorst versichert, Hr. Hansen sei ihm bisher unbekannt gewesen, jetzt aber noch gleichgültiger geworden, welche Ausrufung Hr. Hansen wiederum als eine Unhöflichkeit ohne Grund bezeichnet. Unterhalb Stunden dauert die an heiteren Momenten reiche Verhandlung über den Antrag v. Mantuffel's und die Absicht des Abg. Lipke, durch Verweigerung desselben an die Geschäftsordnungs-Commission dem vorzubeugen, ist so wenig erreicht, daß er den bez. Antrag zurückzieht. Vergeblich nimmt ihn v. Mantuffel selbst an, das Haus lehnt ihn und den ursprünglichen Antrag ab.

Es folgt die Beratung des Antrages der Abgg. Kaufmann und v. Schorlemer-Mst: „Die Staatsregierung aufzufordern, dem Landtage den Entwurf einer Landgemeinde-, Kreis- und Provinzialordnung für die Rheinprovinz und Westfalen vorzulegen.“ Hierzu beantragen v. Mantuffel und v. Wisse folgenden Schlußsatz hinzuzufügen: „gleichzeitig aber die Kreis- und Provinzialordnung der sechs östlichen Provinzen zu revidieren und dabei den eigenthümlichen Verhältnissen aller einzelnen Provinzen Rechnung zu tragen.“

Abg. Kaufmann erinnert daran, daß sein Antrag dem ursprünglichen Plane des Grafen Gulemburg und dessen dem Hause mitgetheilten Programm durchaus entspricht und daß dieser Plan vornehmlich durch den Einfluß v. Schels durchkreuzt wurde. Ohne Unterschied der politischen und kirchenpolitischen Parteien wird die Ausdehnung der Reform auf Rheinland und Westfalen dort allgemein verlangt, wie die Versammlung der gewis regierungsfreundlichen Bürgermeister in diesem Jahre bewies. Wir bedürfen hauptsächlich einer neuen Gemeindeordnung als Schutz der Communalen Autonomie gegen die Dominanz des Staates. Der Culturkampf, dessen Nothwendigkeit bisher noch in keiner Weise nachgewiesen ist, giebt der Regierung einen Vorwand, dem Verlangen der Bevölkerung entgegenzutreten, obwohl dieselbe ihre politische Reife dadurch bewiesen, daß sie im Gegensatz zur Conflictsperiode trotz der unsympathischen Haltung der Staatsregierung dem Könige bei seinem diesjährigen Besuch den herzlichsten und glänzendsten Empfang bereitet hat.

Abg. Rührig (Münster): Ich bin vielleicht eines der wenigen Mitglieder, welches ohne Rücksicht auf den Culturkampf die Ausdehnung der Verwaltungsreform in diesem Augenblicke auf die westlichen Provinzen nicht wünscht. Als Landrath bin ich kein Gegner der Verwaltungsreform an und für sich. Ich verkenne auch nicht die Mängel der jetzigen Verwaltungsorganisation in den westlichen Provinzen, aber trotzdem habe ich die Wünsche nach Einführung der neuen Verwaltungsorgane bei uns nur sehr vereinzelt gehört. Auch ich wünsche, daß dem Erlaß einer Kreisordnung der Erlaß einer Landgemeindevorordnung vorausgehe. Eine neue Kreisordnung auf die alte Landgemeindevorordnung der westlichen Provinzen zu setzen, halte ich für vollständig verfehlt. Nachdem man so viele Beschwerden aus den östlichen Provinzen über die Complicirtheit des neuen Verwaltungssystems und seine Kostenlosigkeit gehört hat, kann ich die schnelle Einführung desselben für die westlichen und neuen Provinzen nicht dringend wünschen. Schon jetzt, wie Hr. v. Mantuffel will, eine Revision vorzunehmen, scheint mir nicht zweckmäßig. Sammeln Sie, meine Herren nach allen Klagen über die neue Kreisordnung, erst Erfahrungen und geben Sie uns dann an der Hand des gewonnenen Materials nach einigen Jahren eine verbesserte und vereinfachte Selbstverwaltungsordnung für die westlichen und die neuen Provinzen.

Abg. Miquel: Meine politischen Freunde haben von jeher den Standpunkt ein, daß die neuen Selbstverwaltungsorgane für Rheinland und Westfalen mindestens ebenso sehr ein Bedürfnis sind, wie für die übrigen westlichen Provinzen. Eine besondere Dringlichkeit für jene beiden erkennen wir nicht an, die Reformorgane sind für Hannover, Schleswig-Holstein, Hessen-Nassau und auch Posen gleichmäßig nothwendig. Aber darauf kommt es an, daß wir einen klaren bestimmten Plan, nach welchem die Staatsregierung überhaupt mit der Selbstverwaltungsorgane verfahren will, endlich bekommen, und in diesem Sinne werden wir dem Antrage zustimmen. Was das Amendement des Abg. v. Mantuffel betrifft, so ist ja nicht zu verkennen, daß die gewaltige Ummwälzung in den Verwaltungsgrundlagen im Anfang viel Widerspruch finden und namentlich die Unzufriedenheit der zur unmittelbaren Handhabung dieser neuen Organe berufenen Beamten hervorrufen muß. Ich gebe auch zu, daß ein großer Theil der Unzufriedenheit hätte vermieden werden können, wenn die Regierung anders verfahren hätte, als es geschehen ist. Eine solche Reformgesetzgebung kann nur von einem Ministerium durchgeführt werden, das in der Sache vollkommen einig ist, das einen klaren und bestimmten Plan verfolgt und sich nicht heute von dieser, morgen von jener Richtung treiben läßt. Die Verwaltungsorgane stellen an das Land bedeutende Anforderungen, sie verlangen Opfer an Kräften und Geld, sie verpflichten viel, aber sie fordern auch viel. Wenn man das Land unter solchen Umständen die ganze Reform für ein bloßes „Experiment“ halten muß, wie sogar die leitenden Organe der Regierung sie bezeichnet haben, wo soll dann die freundliche Zustimmung im Lande herkommen? Wenn trotz alledem eine an Einstimmigkeit grenzende Majorität die unverzügliche Durchführung dieser Gesetzgebung für die ganze Monarchie fordert, so ist dies das beste Zeugnis für die Güte der Principien, auf denen diese Gesetzgebung beruht. Die Sonderstellung, die Rheinland und theilweise auch Westfalen seit dem Jahre 1815 bis in die neueste Zeit eingenommen hat, ist wesentlich daher gekommen, daß der preussische Staat in Verwaltung und Justiz zu keiner einheitlichen Grundlage gekommen

ist. Wollen Sie nun das verfehlte Verhältniß, welches für Rheinland und für den ganzen Staat so nachtheilig gewirkt hat, auch für die andere Hälfte der Monarchie fortsetzen? Ich glaube, es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Grundgedanke des Antrages durchaus berechtigt ist. Es ist vielfach über die Complicirtheit unserer Kompetenzgesetzgebung geklagt worden; die Klagen sind, nach meiner Ueberzeugung, vielfach übertrieben. Die Erfahrung, die wir auf diesem Gebiete gemacht, beweist nur, daß solche Gesetze sich nur ganz allmählig einbürgern, daß die Menschen sie nicht durch Lesen, sondern nur durch Handhaben lernen; man muß deshalb Zeit gewähren und ich bin fest überzeugt, daß in 5 bis 6 Jahren die meisten dieser Schwierigkeiten überwunden sein werden. Das soll keineswegs heißen, daß ich alle Einzelheiten zu vertreten geneigt wäre, und wenn mir ein Antrag vorläge, der einzelne bestimmte, der Revision bedürftige Punkte herausnähme, so würde ich gern mit Herrn v. Mantuffel darüber discutieren, obwohl ich nicht begreife, wie gerade er von seinem conservativem Standpunkt ein soeben erst publicirtes Gesetz schon wieder revidirt sehen will. Auch in Bezug auf die Organisation der Behörden hätte man vielleicht Manches anders machen können, man hätte in manchen Fragen an die Stelle des Bezirksraths den Provinzialrath oder den Provinzialausschuß setzen können — aber alles dies sind Einzelheiten, über welche die Erfahrungen noch keineswegs abgeschlossen sind, und nicht eher abgeschlossen werden können, als bis die Städte in den ganzen Verwaltungsorganismus eingefügt sind. Eine generelle Revision auf diesem Gebiete würde also zur Zeit ein großer Fehler sein, und deshalb erkläre ich mich gegen das Amendement v. Mantuffel, weil ich fürchte, daß es uns unbewußt in eine Reaction gegen die ersten Grundlagen des Staates führt. Wenn der Antrag v. Mantuffel die Fortführung der Selbstverwaltungsorgane auf die übrigen Theile der Monarchie will und hinzufügt, daß dies nur geschehen dürfe unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse dieser Provinzen, so stehe ich ganz auf dem Boden dieses Theils des Antrages. Wenn wir schon den Fehler gemacht haben, ohne die feste Grundlage einer Gemeindeverfassung auf die Reform der Kreisordnung gegangen zu sein, so ist dies für die westlichen Provinzen vollkommen unmöglich. In diesen Provinzen wird die Gemeinde immer überwiegen, mit dieser muß deshalb begonnen werden. Wie die Dinge heute liegen, ist eine Landgemeindevorordnung allein unverständlich und eine Kreisordnung für Rheinland und Westfalen allein auch unverständlich. In dieser Beziehung verlanget ich gleichzeitige Vorlegung beider Gesetze. Ich concubire also: Wir stimmen dem Antrage Kaufmann v. Schorlemer bei; lieber wäre uns noch ein Antrag, der überhaupt die Fortführung dieser Gesetzgebung auf die westlichen Provinzen beansprucht. Die Staatsregierung kann unter den schwierigen Verhältnissen des Culturkampfes von ihrem Standpunkte aus nur dadurch gewinnen, daß sie auf dem communalen Gebiet der Bevölkerung volles Vertrauen zeigt. (Sehr richtig.) Dem Revisions-Antrag Mantuffel können wir nicht beistimmen. Will Hr. v. Mantuffel seinen Antrag auf die Revision und Aenderung einzelner Bestimmungen richten, so werden wir mit ihm discutieren, und es wäre sehr erfreulich, wenn dies geschehe, weil ich überzeugt bin, daß dadurch eine Menge von Vorurtheilen als unbegründet herausstellen würde. So wie der Antrag gestellt ist, stimmen wir dagegen. (Beifall.)

Abg. Reichensperger: Diese Sache darf nicht mehr mit Glacéhandschuhen, sondern muß mit fester Hand angefaßt werden und zwar in dem Sinne, in welchem sich das Haus bereits zwei Mal mit einer fast an Einheit grenzenden Stimmenmehrheit ausgesprochen hat. Die Staatsregierung wird dieser Ansicht des Hauses einen Erfolg geben, wenn nicht mit dem gegenwärtigen Ministerium, so doch mit einem neu zu bildenden. Die Monarchie kann nicht länger in zwei ganz verchieden verwaltete Theile getrennt werden. Es ist dies eine Mißhandlung der westlichen Provinzen, und zwar eine der verwerflichsten, da sie eine rechtliche Ungleichheit schafft. Bei der ersten Lesung der Kreisordnung im October 1869 bezieht sich die Regierung vor, im frühesten Frist die Kreisordnung auch auf die westlichen Provinzen auszudehnen. Auf diese Zusage vertrauend, hat das Haus die Kreis- und Provinzialordnung für die östlichen Provinzen votirt. Nun aber ist die Erfüllung derselben ad Calendas graecas verschoben, wenn nicht das Haus energisch für sie sorgt. Allerdings hat der Minister im Jahre 1871 einen Kreisordnungs-Entwurf für die westlichen Provinzen drucken lassen, er ist aber dem Hause nicht vorgelegt worden, in Folge des Einflusses, den ein bekanntes Mitglied des Hauses auf die maßgebende Stelle ausübt. Aber Graf Gulemburg ist noch weiter gegangen und hat die Städte-Ordnung angefertigt, welche im Staatsministerium mehrfach reprodirt worden ist. Darauf ist er aus Gesundheitsrücksichten beurlaubt worden. Aber unser dauerhaftester Minister ist nicht allein aus Gesundheitsrücksichten abgegangen, sondern weil er von seinen feierlichen Versprechungen nicht abgehen wollte. Er ist gegangen, aber die Landesvertretung bleibt. Sie kann nicht ihre Entlassung fordern, wie der Graf Gulemburg, sondern wird ihre Rechtfertigung durchsetzen müssen und daher jetzt, hoffentlich zum letzten Male, ihr Verdict abgeben. Abg. Birchow sagte einmal: wenn man von Jemandem etwas zu beantragen hat und ihn zu einem bestimmten Augenblicke zwingen kann es zu gewähren, so ist es ein politischer Fehler, wenn man ihn nicht dazu zwingt. Nun, wir können jetzt sehr wohl die bisher erlassenen Gesetze als Handhabe gebrauchen, um unseren Willen durchzusetzen. Ist nun das System der Selbstverwaltung nur gut für die östlichen, dagegen schlecht für die westlichen Provinzen? Dies ist einmal zur Zeit der höchsten Wuth der Reaction, von dem Geh. Rath Wagner ausgesprochen worden. Aber ich brauche wohl hierüber kein Wort zu verlieren; der Name desjenigen, der es gesagt hat, genügt, es zu verurtheilen. Deshalb denkt man aber das System der Selbstverwaltung nicht auf die westlichen Provinzen aus? Wir stehen da vor einem ungelösten Räthsel, das nur der Ehrenpräsident des Deutschen Vereins für die Rheinlande lösen kann. In dem Schreiben des Hrn. v. Sybel an die Agenten des Deutschen Vereins heißt es: Das Abgeordnetenhaus dringt die Regierung zur Einführung der Verwaltungsorgane in den westlichen Provinzen; der Regierung wäre

das ebenfalls bequem; aber sie müsse gewisse Cauteleu haben, die localen Verhältnisse berücksichtigen u. s. w. Wie kommt denn der Abgeordnete zu einer so zuversichtlichen Kenntniß der An- und Absichten der Regierung? Denn er wird doch nicht den Gedanken erregen wollen, als ob wir es lediglich mit einer Nahmredigkeit oder gar mit einer Täuschung zu thun haben. Wir Alle haben ein Interesse daran, von ihm zu erfahren, wer ihn zu so kategorischen Erklärungen autorisirt habe. In unserer Provinz haben allerlei Subalternbeamte, ausgediente Militärs vom Feldwebel abwärts, die Bürgermeisterse in den Landgemeinden inne. Solchen Mißhandlungen sind wir nicht einmal unter der Napoleonischen Gewaltthätigkeit unterworfen gewesen. Und was es mit dem Befähigungsrechte der städtischen Bürgermeister auf sich hat, zeigt schon die eine Thatfache, daß die Wahl eines Bürgermeisters, welcher von seiner Gemeinde einstimmig wiedergewählt worden, nicht bestätigt worden ist — das Haus hat gezeigt, daß es nicht Preußen erster und Preußen zweiter Klasse haben will. Wir wünschen, daß der Regierung kein Zweifel darüber bleibe, daß auf allen Gebieten, welche mit der Verwaltungsorgane zusammenhängen, wir einer Aufsicht sind und daß die Monarchie nicht willkürlich in zwei Hälften getheilt werden kann, ein Zustand, der nach dem eigenen Zugeständnis der Staatsregierung undenkbar und unmöglich ist. (Beifall.)

Minister Friedenthal: Es ist in der heutigen Debatte von der Ausführung der Reformgesetzgebung gesprochen worden; ich habe die Ueberzeugung, daß im Großen und Ganzen dabei sehr viel Gutes geschehen worden ist. Manches Versehen mag vorgekommen sein, Menschenwerke sind fehlerhaft; aber im gegenwärtigen Augenblicke kommt es nicht darauf an, sich in gegenseitigen Recriminationen zu ergeben, und die Kraft, die man zur weiteren Fortführung des Werkes braucht, zu zersplittern, sondern die gesamte Kraft darauf zu verwenden, daß in Zukunft der Abschluß der Gesetzgebung in solcher Weise herbeigeführt wird, daß das Vaterland dabei Vortheil hat. Die Herren vom Rheinland haben dann die Verwaltungsreform in Verbindung mit dem Culturkampf gebracht und die Gefühle der Rheinländer als eines unterdrückten Theiles des preussischen Staats geschilbert. Ich habe noch weniger die Absicht auf diesen Theil der Debatte einzugehen; diese Angelegenheit ist so oft besprochen, die Gründe, welche die Staatsregierung zu ihrer Politik genöthigt haben, sind so oft dargelegt und so oft von der Landesvertretung gebilligt worden. (Lebhafter Widerspruch.) Ich verhehe diese Interventionen nicht; die Angelegenheiten des Culturkampfes sind wiederholt in diesem Hause verhandelt worden und die Majorität hat sich stets auf die Seite der Regierung gestellt. Die Hauptfrage besteht darin, daß die Verwaltungsreform in ihrem Geiste und Grundgedanken auf die westlichen Provinzen übertragen werden soll. Ich hätte eigentlich erwartet, daß man den Antrag im Hinblick auf meine Erklärung vom 26. October zurückgezogen hätte, weil er nach derselben vollständig gegenstandslos geworden ist. (Der Minister verliest den betreffenden Passus seiner Rede vom 26. v. M., worin es heißt, die Regierung sei entschlossen, die Reform über den ganzen Umfang der Monarchie zur Durchführung zu bringen unter Berücksichtigung der sehr erheblichen provinziellen Verchiedenheiten.) Wenn Sie den Antrag heute annehmen, so kann ich dies nur als eine Zustimmung zu dem von mir am 26. v. M. Gesagten auffassen (Heiterkeit). Aus der schwierigen Situation, in der wir uns im Punkte der Verwaltungsreform befinden, können wir nur herauskommen, wenn wir von dem Gesichtspunkte ausgehen, der das Ganze übersehen läßt. Auf diesem Wege wird es möglich sein, wenn auch schwer das begonnene Werk zum guten Ziele zu führen, wofür ich meinerseits Alles einsetzen werde, was ich an Kräften besitze.

Abg. Vaster: Die Landgemeindevorordnung ist es, welche die Entscheidung geben wird, ob die Reform liberal, ob conservativ fortgeführt werden soll; denn besonders die Verhandlungen über die Wegeordnung haben gezeigt, daß sämtliche Organisationen in's Stocken gerathen, wenn wir hierbei nicht Farbe bekennen. Wenn ich recht unterrichtet bin, steht die Regierung ziemlich so irt in diesem Hause mit ihrem Programm, denn es soll in der Wegeordnungscommission von allen Parteien einstimmig anerkannt sein, daß die östlichen Provinzen die Landgemeindevorordnung nicht entbehren können. Dieser Punkt, der bisher zurückgebracht worden ist, wird jetzt in den Vordergrund treten. Liberal und conservativ scheiden sich an diesem Punkte, und vielleicht thue ich den Conservativen dabei noch Unrecht; denn ich bin der Meinung, diese Dinge stöden lediglich an der Frage, ob die Entscheidung in die Gemeinden eingereicht werden sollen oder nicht. Ich will die Regierung, die durch einen Minister vertreten ist, der erst 14 Tage lang im Amte ist, nicht drängen zu der Erklärung, sie sei schon genügend vorbereitet. Aber etwas wunderlich ist es doch, daß während der 5 oder 6 Jahre der Reformarbeit in der Regierung kein Plan vorhanden gewesen sein soll. Das wißt einen Schatten auf Vergangenheit und Zukunft. Denn die Klarheit, welche das Haus über die Stellung der Regierung wünscht, ist nicht gewonnen. Ich wollte gestern schon an der sich zufällig entspinneenden Debatte über die Provinzialcorrespondenz theilnehmen, verzichtete aber darauf, weil ich es nicht liebe, wichtige Verhandlungen an Zeitungsartikel anzuknüpfen. Die Presse ist für sich ein Factor der öffentlichen Meinung, das Parlament steht ebenfalls für sich. Man will von einigen Seiten die hauptsächlichste Initiative in die Presse legen und das Parlament zum Anhang derselben machen. (Widerpruch.) Richtig dargestellt hat das offizielle Organ den Ausgang unserer Verhandlungen nicht; weit eher hat die geistige Bemerkung des Ministers das Richtige getroffen, daß in den Thaten des Ministeriums nichts liege, was zu einem positiven Ausdruck des Vertrauens Anlaß geben könnte, es liegt auch kein Symptom vor, welches zum Mißtrauen Anlaß geben könnte, aber es besteht die unbefugliche Stimmung, daß wir jetzt erfahren, seit 5-6 Jahren sei kein bestimmter Plan befolgt worden. Von dieser Stimmung muß ich Zeugnis ablegen. Man muß wissen, ob ein Regierungssystem vorliegt und welches, und ob es dem entspricht, was man im Lande wünscht. Ueber Personen und System muß Klarheit geschaffen werden, obgleich darüber ein gut Theil der arbeitssamen Session vergehen wird. Als der Minister seine Bewunderung darüber ausdrückte, daß der Antrag mit dem

Culturkampf in Verbindung gebracht sei, gebrauchte er eine Wendung die nur dadurch, daß sie im Hause mißverstanden wurde, auf dieser (linken) Seite Widerspruch erfahren konnte. Hätte er gesagt, der Culturkampf werde von der Majorität des Hauses getragen, so würde er gewiß auf dieser (linken) Seite keinen Widerspruch gefunden haben. Denn wenn ich mich umbeingehe gegenwärtigen Staatsministerium, so ist es nur der Cultusminister Dr. Falk, der sich des Vertrauens der Mehrheit vollständig erfreut; er ist der feste Punkt im Ministerium. (Widerspruch im Centrum.) Ich spreche nicht von der Minorität, die sich auf eine vom ganzen Hause abgegrenzte Partei beschränkt (Widerspruch im Centrum). Wenn auf dieser (linken) Seite auch noch einige Mitglieder der Minorität sitzen sollten, so befinden sie sich doch ihren politischen Freunden gegenüber im Widerspruch. (Abg. Richter-Hagen: Das wissen wir besser!) So lange als mit kein anderer, als der Abg. Richter das sagt, bleibe ich bei meiner Behauptung. Die Parteien des Hauses haben sämtlich erklärt, daß der Gegenstand, mit dem sich der Antrag beschäftigt, kein Gegenstand des Parteikampfes sei; er ist geschichtlich mit dem Culturkampf erst von der Regierung in Verbindung gebracht, denn, um die Wahrheit offen heraus zu sagen, nur des Culturkampfes wegen hat die Regierung von der Einführung der Reform im Westen Abstand genommen. Wenn die Regierung selbst erklärt, daß sie diesen Standpunkt verläßt, und jeden Widerstand aufgiebt, der aus den kirchlichen Streitigkeiten abgeleitet wird, so begrüße ich das als einen wesentlichen Fortschritt mit großer Freude. Wir hätten keinen Anlaß mehr bei dieser allgemeinen Uebereinstimmung den Antrag noch anzunehmen, wenn nicht geschichtlich ein anderer Vorgang sich abgespielt hätte; wir müssen so bestätigen, daß wir in der That bei unserer früheren Auffassung beharren. Der Antrag soll eine Mahnung an die Staatsregierung sein, daß wir uns zwar für den Augenblick der Nothwendigkeit fügen, daß aber für das Land kein Heil und Frieden erwächst, als bis nicht allein klar die Ziele entwickelt sein werden, die in Bezug auf die Organisation befolgt werden sollen, sondern bis auch nach diesen Worten die Thaten gefolgt sein werden. (Beifall.)

Abg. Kantak: Wenn ein Landestheil allgemein und consequent die Einführung von Gesetzen verlangt, welche in andern Landestheilen schon in Geltung sind, wenn sich diesem Verlangen die Majorität dieses Hauses anschließt, dann giebt es keinen Grund, diesem Verlangen nicht nachzukommen. Die Nichterfüllung der Selbstverwaltung in den westlichen Provinzen zeigt, daß die Regierung nur da freisinnige Gesetze haben will, wo sie mit Hilfe derselben Leute ihrer Gefinnung ans Ruder zu bringen hofft. Der Antrag Mantuffel will eine Revision der bisher erlassenen Verwaltungs-Gesetze. Das würde für die Provinz Posen heißen: Erziehung der Selbstverwaltungsorgane durch Polizeibehörden, statt gewählter von der Regierung ernannte Mitglieder des Provinzialausschusses. So würde die Grundbede jener Gesetze herabgedrückt werden. Dann danken wir überhaupt für die Gesetze. Der Antrag Mantuffel will ferner Berücksichtigung der provinziellen Eigentümlichkeiten; das würde bei uns vielleicht heißen: Aufhebung derselben. Man würde die Germanisirung der Polen bezwecken und dazu der deutschen Bevölkerung ein Uebergewicht geben. Deshalb stimmen wir für den Antrag Kaufmann, aber gegen den Antrag Mantuffel.

Abg. Hänel: Ich kann nicht so wie der Abg. Lasker einen festen Punkt in dem unbedingten Vertrauensverhältnis zu dem Cultusminister Falk erblicken. In einer bestimmten Richtung hat zwar meine Partei die Politik derselben unterstützt, in einer andern Richtung aber, bei der Reorganisation der evangelischen Landeskirche, konnten wir ihm diese Unterstützung nicht gewähren. Bei der vorliegenden Materie würde ihm auch eher ein Mißtrauens- als ein Vertrauensvotum gebühren, denn auch er hat als Staatsminister alle den Wandlungen in der inneren Politik zugestimmt, in dem Augenblick, wo wir von ihm ein Unterdrückungsgesetz erwarteten, welches eine gesunde Landgemeinordnung als Vorbedingung erfordert. Stellt die liberale Partei den Erlaß einer Communalordnung in ihr Programm, dann darf sie die Regelung des Armen-, Schul- und Wegewesens nicht vorwegnehmen und damit das Gesetz selbst preisgeben. Die Erklärungen des Ministers Friedenthal gewähren auch keinen festen Punkt. Er hat es ausdrücklich abgelehnt, einen Plan für die weitere Reformgesetzgebung vorzulegen. Man entscheidet das mit seiner eigentümlichen Stellung als stellvertretender Minister des Innern. Diese Stellung ist aber im Gegentheil eine verstärkte Anschuldigung gegen ihn; er hätte die Stellvertretung nicht übernehmen dürfen, ohne daß dem Staatsministerialbeschlusse, welcher den bisherigen Plan der Reformgesetzgebung strich, ein anderer positiver Beschluß folgte, der einen neuen Plan hierin schuf und den er uns gegenüber vertreten konnte. Das ist nicht der Fall, die gegenwärtige Session führt also praktisch eine Säkularisation der Reformgesetzgebung herbei. Der Minister äußert sich auch in Bezug auf Revisionsverleihen sehr schwankend und dunkel; er spricht uns vom Geist und Sinn der Gesetze. In Bezug auf die Interpretation dieser Worte seitens der Regierung bin ich durch die neuesten Vorgänge mißtraulich geworden. Der Minister hat namentlich, als der Abg. v. Rauchhaupt bestimmte Punkte als revidirungsbedürftig hervorhob, geschwiegen, er ist diesen Wünschen nicht entgegengetreten, er hat das bisherige Werk der Regierung und der Majorität dieses Hauses nicht in Schutz genommen, weil formell der Angriff des Abg. v. Rauchhaupt gegen die liberale Partei gerichtet war. Also Deutlichkeit und Klarheit vermissen wir in der gegenwärtigen politischen Situation. Diese zu schaffen, war der Antrag Kaufmann geeignet, in diesem Sinne stimmen wir für denselben, nicht weil wir glauben, er werde große praktische Folgen haben. Leider hat er aber seinen Zweck nicht erreicht. (Beifall links.)

Minister Dr. Friedenthal: Der Vorredner hat wiederholtlich gesagt, daß durchschlagende Erklärungen und Entschuldigungen meiner Handlungsweise und Auffassung der gegenwärtigen Situation von mir nicht vorgebracht werden können. Es hat mir überhaupt sehr fern gelegen, mich zu entschuldigen. Ich habe mich für verpflichtet gehalten, die Stellvertretung des Grafen Eulenburg zu übernehmen gerade für den Fortgang derjenigen Entwicklung, die Preußen weiter gefördert hat in den letzten Jahren, als viele Jahre vorher das unnütze Parteiwesen und das nutzlose Theoretisiren. Ich bedauere außerordentlich, daß der Vorredner eines festen Punktes ermangelt. (Heiterkeit.) Ich habe das Gefühl nicht, ich fühle mich auf festem Boden. (Süßl. Hört!) Was die Sache selbst betrifft, so ist hier nicht Zeit, akademische Vorlesungen zu halten über die Absichten der Regierung. (Hört!) Die Regierung wird mit aller Deutlichkeit und Klarheit vor das Land treten, wenn sie diejenige Vorlage machen wird, die ich in Aussicht gestellt habe, sobald sie übersehen kann, wohin die einzelnen Gesetze treffen, und wenn sie sich mit den verschiedenen Landestheilen, deren Wohl und Wehe dabei ins Spiel kommt, in Verbindung gesetzt haben wird. Früher wird es keinen Augenblick gegeben, trotz aller Angriffe und Bemängelungen. Das ist der feste Boden, auf dem wir stehen, das der feste Punkt, nach dem wir streuen, und das Land wird uns dabei folgen.

Abg. Blach präcisiert den Standpunkt der deutschen Abgeordneten der Provinz Posen dahin, daß auch sie wie der Abg. Kantak die Einführung der Verwaltungsreform auf ihre heimathliche Provinz allerdings nicht uneingeschränkt wünschen. Die wirtschaftlichen Befugnisse der Selbstverwaltungsorgane wünschen sie auch ihren politischen Mitbürgern zu geben, aber um ihnen

auch die dem Organe der Selbstverwaltung zustehenden Hoheitsrechte zu gewähren, dazu sei das preussische Staatsgefühl derselben noch nicht lebhaft genug.

Abg. v. Mantuffel: Wir wollen die neuen Gesetze nicht aus der Welt schaffen, sondern nur bessernde Hand an dieselben legen. Wir wollen dazu die Gelegenheit benutzen, welche die Ausdehnung der Verwaltungsorgane auf die westlichen Provinzen bietet. Es ist unmöglich, heute zu sagen, worin die Revision bestehen soll. Vielleicht werde ich das nächsten in einer Broschüre darlegen. Ob die Fehler der bestehenden Gesetze von Conservativen oder Liberalen hineingebracht sind, lassen wir jetzt am besten ununtersucht. Die Kreisordnung, die Provinzialordnung, das Kompetenzgesetz sind mangelhafte Werke in aufsteigender Klimax. Mit ihrer Revision werden Sie dem Lande einen Dienst leisten. (Beifall rechts.)

Abg. v. Schorlemer-Mst (als Antragsteller): Der Minister Friedenthal hat auf die präcisen Fragen des Abg. Hänel nicht geantwortet; Niemand ist aus dem, was er gesagt hat, klar geworden. Der Abg. Lasker hat diese Gelegenheit benutzt, um dem Cultusminister ein Vertrauensvotum zu ertheilen und ihn als den einzigen festen Punkt im Ministerium zu bezeichnen. Ist das richtig, dann werden die Nationalliberalen bald im Ministerium sitzen, dieser feste Punkt wird ihnen nicht lange mehr Hindernisse bereiten. (Heiterkeit.) Wir beschäftigen mit diesem Antrage ausserdem, daß die westlichen Provinzen das gleiche Recht wie die östlichen beanspruchen, daß die Gründe, welche für die Verweigerung dieses Rechts vorgebracht werden, nicht stichhaltig sind und daß die dagegen gemachte Agitation eine nichtswürdige ist. Wir wollen auch nicht die Einführung der Kreisordnung, wie sie jetzt in den östlichen Provinzen ist, sondern eine verbesserte, in welcher das Prinzip der Selbstverwaltung wirklich realisiert ist. Dasselbe, wie wir mit unserem Antrage, wollte die Bevölkerung der westlichen Provinzen durch ihre loyale Haltung gegen das Staatsoberhaupt zum Ausdruck bringen. Auf den Rath des Hrn. v. Sybel hat uns der Fürst Bismarck trotz der fast einstimmigen Voten der Provinzial- und Landesvertretung die beehrten Gesetze vorentbalten. Die Wahl seiner Vertrauensmänner ist überhaupt eine besondere Eigenthümlichkeit des Fürsten, wie es die Männer von Wagner bis auf Sybel beweisen. (Unruhe.) Der Redner geht sodann auf die von ihm schon vielfach angekündigte Abrechnung mit Hrn. v. Sybel in Bezug des „Deutschen Vereins“ und der Affäre Konitzer ein. Er sucht gestützt auf eine Anzahl von Notizen aus dem Prozeß Konitzer den „Deutschen Verein“ als eine Institution für Denunciation und Spionage darzustellen und dem Abg. v. Sybel persönlich die moralische Verantwortlichkeit dafür aufzuhängen. Das sind, fährt der Redner fort, die Quellen und Einflüsse, welche der Ausdehnung der Verwaltungsreform auf die westlichen Provinzen entgegenstehen. Ein Ministerium, das auf einen solchen Verein, dessen Devisen „corruptum et corrupti“, noch irgend welches Gewicht legt, hat keinen Funken Ehre im Leibe. Die liberale Partei beklagt sich immer über den Mangel an gubernementaler Initiative, der sie hindere, ihren Willen zur Geltung zu bringen. Man muß nicht nur helfen, sondern auch helfen. Die Liberalen beissen sich aber oft nur den eigenen Kopf ab. Fürst Bismarck kommt als großer Nikolaus und steckt sie in sein Lintenfah. Stimmen Sie also nicht nur mit uns, sondern gebrauchen Sie auch die constitutionellen Machtmittel, um dem Antrage eine praktische Ausführung zu verschaffen. (Beifall im Centrum. Zwischen links.)

Abg. v. Sybel bedauert, durch die Moyalität des Vorredners, der sein Schlusswort zu einer Reihe von Insulten gegen ihn selbst und den „Deutschen Verein“ benutzt habe, sich auf den Rahmen einer persönlichen Verurteilung beschränkt zu sehen, um diese Angriffe abzuwehren. Der Redner weist sodann diese Angriffe als jeder Begründung entbehrend zurück; das Urtheil des Gerichts in der Affäre Konitzer sei in der Publication der „Bonner Zeitung“ gefälscht worden und der Behauptung gegenüber, daß der „Deutsche Verein“ Spionier und denuncirer habe, verweise er auf ein Circular des „Vereins deutscher Katholiken“, das in derselben Weise die Geschäftsführer zu Mittheilungen über die Gegner des Vereins auffordere.

Abg. v. Schorlemer-Mst: Das erwähnte Circular des „Vereins deutscher Katholiken“ sei ihm unbekannt gewesen, übrigens sehe er nicht an, dasselbe für ebenso verwerflich zu erklären, wie das Verfahren des deutschen Vereins; eine Denunciation sei unter allen Umständen eine Infamie. — Nächste Sitzung Donnerstag.

Paris, 8. November.

Das Abgeordnetenhaus eröffnete gestern seine Verhandlungen mit einer häuslichen Angelegenheit. Von conservativer Seite wurde versucht, den einst bestehenden Zwang zur Benutzung der Rednerbühne wiederherzustellen und das Sprechen vom Plaze wenigstens als Regel, die es jetzt ist, zu beseitigen. Den hauptsächlichsten Widerspruch erhoben die Führer des Centrums, die durch ihre Sitze im Hause allerdings bevorzugt sind. Der Antrag war ein Versuch der äußeren Sitzreihen des sehr mangelhaft konstruirten Versammlungs-saales, das thatsächliche Vorrecht der innern Sitzreihen auf leichtes und sicheres Hören sich ebenfalls anzueignen, der aber scheiterte an der Ueberzeugung der Mehrheit, daß die Gewohnheit vom Plaze zu sprechen der Verhandlung selbst einen praktischen, den Geschäften förderlicheren Charakter aufgedrückt habe, und daß gegen die stärkere Benutzung der Rednerbühne insbesondere auch das Interesse der Redenden spreche, dem Vorsitzenden des Hauses gegenüberzutreten und auf den Journalisten-tribünen gut verstanden zu werden.

Der größte Theil der Sitzung wurde ausgefüllt durch die Frage der Ausdehnung der Selbstverwaltungsreform auf Rheinland-Westfalen. Was früher das Haus auf den Antrieb der liberalen Parteien wiederholt gefordert hat, das brachte nun, wo auch die Staatsregierung ihren principiellen Widerstand aufgibt, die ultramontane Fraction als Antrag ein. Die Abgg. Miquel und Lasker bezeichneten die Stellung ihrer politischen Freunde zu der Angelegenheit als unverändert. Man wolle die Ausdehnung der Reform nach wie vor; nicht bloß auf Rheinland-Westfalen, sondern auf den ganzen Staat. Man wolle aber auch nicht bloß diese geographische Ausdehnung, um die Einheit in der Verwaltung und Rechtspflege Preußens herzustellen, sondern ebenso sehr die Fortbildung und Vervollendung der halb-fertigen Reform im Osten der Monarchie. Ohne Landgemeinordnung komme man nicht weiter. Von einem Antrag der Conservativen, die schon eingeführte Kreis- und Provinzialordnung der östlichen Landestheile einer Revision zu unterziehen, nahm der Abg. Miquel Veranlassung, nicht allein diesen Gedanken als in sich unklar, wahrscheinlich viel zu weitgreifend und jedenfalls verfrüht nachdrücklich zurückzuweisen, sondern auch den Antheil des planlosen, unentschiedenen, ja fast zweideutigen Verhaltens der Regierung an einer vielfach schlechten Durch-

führung der Verwaltungsreform hervorzuheben. Dem Abg. Lasker gab die wiederholt erörterte Frage des Vertrauens oder Mißtrauens zur Regierung Gelegenheit zu erklären, daß heute so gut wie je von seiner Seite des Hauses mit vollem Vertrauen die Kirchen- und Schulpolitik des Ministers Falk begleitet werde und daß man nur wünsche, der sog. Culturkampf möge auf sein eigentliches nothwendiges Gebiet beschränkt bleiben, nicht ausgebeutet werden auf die Organisation des Communalwesens. Die wiederholten Auslassungen des Ministers Dr. Friedenthal vertrösteten in der Hauptsache auf die demnachst von ihm einzubringenden Vorlagen. Er versprach alsdann auch den Plan für Weiterführung und Abschluß der Verwaltungsreform mitzutheilen, der bisher bei der Regierung so schmerzlich vernutzt wurde. Bis dahin bleibt — das war auch das Ergebnis dieser Debatte wieder — die allgemeine Vertrauensfrage in Bezug der innern preussischen Politik in der Schwebe.

Der Justizminister war bisher durch ein dringliches Leiden daran verhindert, sich an den parlamentarischen Arbeiten zu betheiligen. Aus diesem Umstand haben die Berichterstatter einiger Blätter die, wie man uns schreibt, völlig irrtümliche Nachricht gezogen, daß die Einbringung der Vorlage über die Organisation der preussischen Gerichte auf Grund der Reichsjustizgesetze verzögert worden wäre und die weitere Angabe, daß dies Gesetz in einer nach dem Reichstag abzuhaltenden Frühjahrsession beraten werden, die gegenwärtige Landtagsession aber schon vor Weihnachten schließen soll. Uns wird als verbürgt gemeldet, daß von solchen Eventualitäten auch nicht entfernt die Rede gewesen ist. Das besagte Justizgesetz wird in den allernächsten Tagen vorgelegt werden, es soll dann alsbald zur ersten Lesung und zur Vorberatung an eine besondere Commission kommen. Es ist völlig unmöglich, auch nur das jetzt in der Berathung befindliche Material bis kurz vor Weihnachten zu erledigen und eine Fortsetzung der Arbeiten im Januar bereits beschlossene Sache. Wie sich die Staatsberathung gestalten wird, ist zur Zeit noch garnicht abzusehen, gegenüber den Vorbereitungen, welche das Centrum für den Cultusetat bereits getroffen hat und dem Umfange, daß die Positionen des Anliegesetzes mit dem Extraordinarium verknüpft werden sollen.

Wie man uns heute von informirter Seite mittheilt, wird seitens der Regierung an dem Vorfat festgehalten, den Reichstag bereits in der Mitte des Jahres einzuberufen. Hält man diese Absicht mit obigen Auseinandersetzungen zusammen, so ersieht man, daß in den ersten Monaten des künftigen Jahres unsere Parlamente wieder sehr ins Gebränge kommen werden.

Ueber den Gang der deutsch-österreichischen Zollverhandlungen und über den Abbruch derselben macht heute die „Proc.-Corr.“ einige Mittheilungen, denen wir Folgendes entnehmen: „Die Ursache des Scheiterns der Verhandlungen lag in der grundsätzlich verschiedenen Richtung der beiderseitigen Bestrebungen. Unsererseits wurde an den Grundgeboten der Vereinbarung von 1868 festgehalten. Die im Jahre 1868 gewährten Verkehrs-erleichterungen sollten nicht allein bestehen bleiben, sondern wo möglich noch weiter ausgedehnt werden. Deutschland war auf diesem Wege seit 1868 selbstständig weiter vorgegangen. Unsommer mußte es darauf sehen, für diejenigen Gegenstände, welche bei der deutschen Ausfuhr nach Oesterreich-Ungarn eine bedeutende Rolle spielen, Ermäßigungen der dortigen Eingangszölle zu erlangen. Bei einigen wenigen Artikeln gebot das handelspolitische Interesse Deutschlands, die Aussscheidung derselben aus den Conventionaltarifen und das Recht der autonomen Feststellung zu fordern. Zum mindesten wollte man auf deutscher Seite in dem neuen Vertrage nicht schlechter gestellt sein, als nach dem Vertrage von 1868. — In anderer Richtung bewegten sich der Haupt-sache nach die Vorschläge der österreichisch-ungarischen Bevollmächtigten. Zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung war der Entwurf eines allgemeinen Zolltarifs vereinbart worden, welcher von dem durch den Vertrag von 1868 festgestellten österreichischen Eingangstarif wesentlich abwich. Die in letzterem Zollfrei zugelassenen rohen Naturerzeugnisse sind darin zum großen Theil mit Zöllen belegt, die im Jahre 1868 ermäßigten Zölle auf Industrienerzeugnisse bei den meisten Artikeln erhöht, und zwar bei vielen in sehr beträchtlichem Maße. Bezüglich der in den neuen Conventionaltarif aufzunehmenden Artikel bildeten die Zölle des erwähnten Entwurfs eines allgemeinen österreichisch-ungarischen Zolltarifs die Grundlage, von welcher die jenseitigen Unterhändler bei der Tarif-Verhandlung ausgingen und von welcher sie nicht wesentlich abweichen zu können erklärten. Zu der hiernach vorgeschlagenen Erhöhung der österreichisch-ungarischen Tarifsätze für eine Reihe deutscher Erzeugnisse kam noch der Vorbehalt der Erhebung der Eingangszölle in Gold, — einer Maßregel, durch welche diese Zölle unter Umständen eine weitere sehr erhebliche Steigerung erfahren würden. Gleichzeitig machte Oesterreich-Ungarn hinsichtlich der Zulassung seiner Erzeugnisse in Deutschland Wünsche geltend, welche über das Maß der im Vertrage von 1868 gewährten Erleichterungen hinausgingen. Wenn nun auch im Laufe der Verhandlungen manche der anfänglichen Forderungen fallen gelassen wurden und in anderen Punkten eine gewisse Annäherung stattfand, so ließen doch die letzten Vorschläge, welche von den jenseitigen Unterhändlern gemacht und als das äußerste Maß der österreichischen Zugeständnisse bezeichnet wurden, nach der Auffassung der maßgebenden deutschen Kreise, keine Aussicht auf eine für Deutschland annehmbare Verständigung mehr offen. Auch auf der Grundlage dieser letzten österreichischen Vorschläge würde vielmehr nur ein Vertrag möglich gewesen sein, welcher den billigen Anforderungen Deutschlands nicht genügt, seinem wirtschaftlichen und handelspolitischen Interesse weniger entprochen haben würde, als der Vertrag von 1868. Zu einem solchen Abkommen aber die Hand zu bieten, dazu hat die Regierung sich nicht zu entschließen vermocht.“

Unsere Officiösen reagieren bereits auf die von ihren österreichischen Kollegen gegen Deutschlands Haltung bei den Zollverhandlungen gerichteten Angriffe. Sene bezeichnen die von den österreichischen Officiösen mitgetheilten Darstellungen als nur „halb wahr und unvollständig“ und nennen obige erste halbamtliche Darstellung ausdrücklich eine Verächtigung der Wiener officiösen Meldungen. Wie man aus Obigem ersieht, schließt die Darstellung der „Proc. Corr.“ mit dem Abbruch der Verhandlungen in Wien, ohne über die seitdem erfolgten Schritte eine Aeußerung zu thun. Nach weiteren officiösen Mittheilungen ist dies absichtlich geschehen und soll andeuten, daß seitens der deutschen Regierung auf diese Schritte weder ein sonderliches Gewicht gelegt, noch erhebliche Hoffnungen daran geknüpft werden.“ Vom Kriegsschauplatz ist heute wichtiges Neues nicht zu berichten. Die Russen machen in Asien und Europa Fortschritte, die Entscheidung wird aber bei Plevna erfolgen, dem unbedeutenden, bis zu diesem Sommer kaum bekannten Orte, an dem nun das Schicksal der Völker des Ostens hängt. Plevna hat für Russland die Bedeutung gewonnen, wie Sedan für Frankreich. Königgrätz für Oesterreich, Jena einst für Preußen hatte. Die Russen mußten im Juli trotz ihrer tausend Spione gar nicht, daß sie nach jener Richtung hin größere Anstrengungen nöthig hätten, sie mußten nicht, daß Osman ihnen von Widdin aus mit dem Kerne des türkischen Heeres in die Flanke rückte. Durch einen Handstreich wollte Schuldner-Schilbner Plevna am 21. Juli mit 3 Regimenten wegnehmen und ließ die Hälfte seiner Leute vor dem Orte. Nach zehn Tagen griff Krüdener mit einem Armeecorps Plevna an und ließ 6000 Mann davor; das nicht todt war, wurde von den Türken massakrirt. Nun bemächtigte sich eine Panik der Russen; wäre Osman ein Stück von Moltke, so hätte er damals einen Vorstoß gemacht, und die Russen theils in die Donau getrieben, theils von ihm abgeschnitten. Er ließ ihnen Zeit, sich von dem Schrecken zu erholen, so sammeln, Verstärkungen heranzuziehen, und Suleiman ließ sich die Hörner bei Schipta wunden, 20 000 Tode und Verwundete vor dem Pässe lassend. Jetzt werden die Russen um Plevna versammelt haben: das Garde-Corps mit 35 000, das Grenadier-Corps mit 25 000, das 4. und 9. Corps mit zusammen 20 000, die 2. und 3. Division mit 10 000, endlich die Rumänen mit 30 000 Combattanten; Alles in Allem 120 000 Combattanten. Osman Pascha dürfte höchstens noch 50 000 Mann um sich haben. Plevna ist strategisch äußerst günstig situiert, es hat drei Rückzugslinien, nämlich über Rahova nach Widdin, über Orhanie nach Sophia und über Trojan nach Karlowa. Die beiden letzten Rückzugslinien sind durch die Unternehmungen Gurko's verlegt und jene nach Widdin bedroht, so daß sie Osman Pascha für eine Rückzugsoperation ebensowenig benötigen kann, als die übrigen; er ist von allen Seiten eingeschlossen. Und da sich die Türken auf allen Punkten auf die Defensive geworfen haben und das Feld der Thätigkeit ausschließlich den Russen überlassen, so kann Osman Pascha kaum auf einen Entsatz von irgend welcher Seite rechnen und sein Schicksal scheint besiegelt zu sein. Ob es die Russen auf ein Ausgehen ankommen lassen werden oder nicht, werden die nächsten Tage lehren.

Deutschland.

△ Berlin, 7. Novbr. Der Bundesrath wird morgen eine Plenarsitzung halten, welche in dessen nur der Abwicklung laufender Geschäfte gewidmet ist. Von den Anlagen zum Reichshaushaltssatz ist bis jetzt außer dem Etat des Reichseisenbahnnetzes noch nichts erschienen und doch heißt es, daß der Etat im Bundesrath vor Ablauf dieses Jahres festgestellt sein soll. Nach dieser Angabe gewinnt es an Wahrscheinlichkeit, daß der Etat sich von seinem Vorgänger wenig oder garnicht unterscheiden werde. Freilich tritt dieser Annahme die Nachricht entgegen, daß wichtige finanzielle Erwägungen in Verbindung mit der Stempel-Steuer-Vorlage zu erwarten seien, von deren Resultat die Feststellung des Etats abhängig gemacht werden soll. So viel steht fest, daß der Bundesrath bisher noch in keiner Weise mit Angelegenheiten befaßt war, welche sich auf die nächste Session des Reichstages beziehen. — Im Reichseisenbahnamt ist ein Auszug der auf das Tarifwesen der deutschen Eisenbahnen sich beziehenden Bestimmungen aus den Concessionen, Statuten, Staats-, Stadt-, Betriebs-, Ueberlassungs-, Fusions-, c.-Verträgen angefertigt worden. Dieser Auszug, welcher im Monat August er. abgeschlossen worden, ist den Mitgliedern des Bundesraths zugegangen. Es wird auf diese Weise der Umfang des Materials über das Tarifwesen erheblich erweitert und der späteren Verwerthung für die Gesetzgebung zugänglich gemacht.

— Die Prinzen von Hessen-Philippsthal haben eine ausführlich motivirte Petition an das Abgeordnetenhaus um Wiederherstellung ihres Fideicommisses gerichtet; sie protestiren gegen den mit dem Landgrafen von Hessen abgeschlossenen Vertrag, der für die anderen hessischen Agnaten gar keine Rechtsgültigkeit habe. Gleichzeitig senden sie die Acten des erstinstanzlichen Erkenntnisses des Kreisgerichts zu Kassel ein, welches den preussischen Fiscus zur Herausgabe der Schlösser c. verurtheilt. Die Angelegenheit schwebt jetzt vor dem Appellhofe zu Kassel.

— Nach einer Correspondenz der „Augsb. Abendztg.“ aus München wird der Abg. Frhr. v. Stauffenberg sein Mandat niederlegen und sodann definitiv nach Berlin überfiedeln.

* S. M. Wiso „Falk“ ist am 5. November, S. M. S. „Deutschland“ am 6. November, in Wilhelmshaven außer Dienst gestellt worden.

Rosen, 7. November. Der zur Substitution der Gostyner Klostergrüter auf Ende d. Mts. anberaumte Termin ist in Folge des Einspruchs, welchen der königl. Commissarius für die erzbischöfliche Vermögensverwaltung der Diöcesen Posen und Gnesen gegen die Substitution erhoben hat, aufgehoben worden. (B. 3.)

Holland.

Haag, 6. November. Das amtliche Blatt veröffentlicht die Errichtung eines neuen Departements für Handel, Industrie und Schiffahrt.

Frankreich.

Paris, 5. Nov. Die Generalratswahlend sind eine neue Niederlage für das Glysée: Fourtous Manöver haben sich schlecht bewährt,

die Drleanisten sind liberaler, die Bonapartisten noch selbstthätiger als sie schon waren, gemorden, und die Clericalen erinnern den Marschall ganz offen und in rohester Weise, daß er sich ihnen verpflichtet und nichts zu thun hat, was der Kirche nicht gefällt. Selbst Mac Mahon's Verhandlungen mit Poupier-Quertier, obwohl er gut clerical wie die genannten Mitglieder seines Zukunftscabinet, ist, finden nur laues Lob: man ist ungeduldig, man traut den Bonapartisten nur halb und drängt zur Entscheidung, aber zur Entscheidung durch den Widerstand gegen den Wahrspruch des Landes: „Die Politik des Widerstandes drängt sich dem Marschall auf,“ ruft das Univers ihm heute zu, „es handelt sich dabei nicht allein um die Ehre seines Wortes, sondern um das Heil des Landes, das er dem Radicalismus nicht überlassen darf.“ — Man meldet gleichzeitig den Tod zweier ehemaligen Senatoren und Minister des Kaiserreichs, die beide ein Alter von 86 Jahren erreicht haben: des Lefebvre-Durafle, gestorben in Pont-Authon bei Rouen, und des Duvergier, eines der hervorragendsten französischen Juristen unserer Zeit, gestorben in Bordeaux. — In Paris starb gestern plötzlich im Alter von 53 Jahren der aus Nothan in den Vogesen gebürtige elsässische Genremaler Gustav Brion, dessen Bilder und Handzeichnungen ihr Publikum hatten und der noch auf der letzten Ausstellung mit einem „Lager von Wallfahrern auf dem Orlindenberge“ und mit zwei Illustrationen zu Victor Hugo's Roman „Notre-Dame de Paris“ vertreten war.

7. November. Eine Botschaft des Präsidenten Mac Mahon an die Legislative wird nicht für wahrscheinlich gehalten. — Die „République française“ veröffentlicht einen Artikel über die Aufgabe der heute zusammentretenden Deputiertenkammer, der mit folgenden Worten schließt: „Die Vertreter des Landes müssen Alles thun, um die Pflichten zu erfüllen, die sie Frankreich gegenüber übernommen haben. Sie werden sich keiner Verpflichtung entziehen; sie werden aus keiner Rücksicht auf irgend eine Person weichen, bevor sie nicht die Aera der aufrührerischen Unternehmungen geschlossen und den Sieg und die Herrschaft des republikanischen Gesetzes erlangt haben. Die nationale Sicherheit muß um jeden Preis und trotz Allem hergestellt werden.“ In einem anderen Artikel spricht dasselbe Blatt den Wunsch aus, der Senat möge nicht weiter die Hand zu abentheuerlichen Unternehmungen bieten.

Stalien.
— Mehrfache in der Straße von Messina bei Scilla stattgehabte Strandungen hatten die Aufmerksamkeit der beteiligten Kreise auf den Zustand des Rettungswesens an jener gefährlichen Stelle der italienischen Küste gelenkt. In Folge dessen hat gegenwärtig der italienische Regierungsdampfer „Citta di Genova“ ein Rettungsboot nach Scilla übergeführt, welches bestimmt ist, daselbst dauernd stationirt zu werden.

England.
London, 6. November. Der hiesige Nothstandsausschuß für Indien hat die Einstellung fernere Aufrufe zu Beiträgen beschlossen. Das bisherige Ergebnis beträgt 446 100 £. und ist vorausichtlich nahezu genügend. Die Coloniern trugen außerdem gegen 76 000 £. bei. — Es ist hin und wieder behauptet worden, die Türken behandelten verwundete und kranke Kriegsgefangene mit Nachlässigkeit, wenn nicht gar mit Härte, und ist deshalb hier der Wunsch laut geworden, es möchten die kranken Russen englischen Ambulanzen zur Pflege zugewiesen werden. Auf Grund dieser Bepfehlungen hat General Sir Henry Green an Barrington Kennett, den Leiter der englischen Krankenpflege im türkischen Lager, telegraphisch eine Anfrage über die Behandlung der kranken russischen Gefangenen gerichtet. Kennett's telegraphische Antwort lautet: „Die feindlichen Verwundeten werden weggetragen, sobald sie fallen. Die Gefangenen werden in den Hospitälern besser behandelt als die Türken im Durchschnitte.“ Diese Mittheilung aus so zuverlässiger Quelle wird wohl den Anklagen über harte Behandlung russischer Gefangener ein Ende machen.

Amerika.
Washington, 3. Novbr. Senator Morton's Tod bringt die Zahl der republikanischen Senatoren auf 38 herab, genau die Hälfte des Senats. Die republikanische Mehrheit hängt davon ab, daß die Demokraten verhindert werden, die ausstehenden Sitze für Louisiana und Süd-Carolina zu besetzen. Gouverneur Williams von Indiana wird einen demokratischen Nachfolger Senator Morton's ernennen, wahrscheinlich Daniel W. Voorhees. Senator Patterson (republ.) von Süd-Carolina ist der Absehung ausgesetzt, falls die Anklage wegen Bestechung und Corruption, welche gegen ihn vorgebracht worden, sich als begründet erweisen sollte. Senator Share (republ.) von Nevada wohnt den Sitzungen nicht bei. Die Demokraten hoffen deshalb zuversichtlich, daß die Entscheidung im Senate bald in ihre Hände übergehen werde. — Der Präsident hat seinen Freunden angezeigt, daß wenn der Congress die Bill annimmt, welche Silberwährung einführt und also Silber zum gesetzlichen Zahlungsmittel für alle Schulden, öffentliche und private, macht, er sein Veto einlegen wird, und daß, während er geneigt ist in der Silberfrage einige Concessionen zu machen, er nicht zugeben wird, daß irgend ein Gesetz dem über Wiederaufnahme der Baarzahlung am 1. Januar 1878 in den Weg trete. — Der Comitebericht über das Armeebudget, der dem Hause gestern zugegangen ist, empfiehlt, daß die Armee ihre jetzige Stärke von 22 000 Mann nicht übersteigen solle. Die Bewilligung beträgt 25 Mill. Doll., 5 Mill. weniger als die Regierung verlangt hatte. Die Clause gegen Benutzung der Armee für politische Zwecke, die im letzten Congress das Budget zu Fall brachte, ist diesmal weggelassen.

6. November. Bei den heutigen Staatswahlen wurden in New-Jersey General Mac Clellan (Demokrat), in Massachusetts der Republikaner Rice, beide mit gegen früher erhöhter Majorität, zum Gouverneur gewählt. (W. T.)

Nachrichten vom Kriegsschauplatz.
Bukarest, 4. Nov. General Lewitzky, der Unterfeld der Generalstabes von Plewna, der im Hauptquartier durch den Kampf bei Plewna vom 12. September mißliebig geworden war, als

er sich geweigert oder verabsäumt hatte, den gefährdeten Truppen des Generals Stobelew rechtzeitig Hilfe zu schicken, ist durch den General Obrutschew ersetzt worden.

London, 7. Nov. Einem Telegramm des „Daily Telegraph“ aus Erzerum vom 6. d. zufolge wünscht Mouhtar Pascha die Belagerung von Erzerum auszuhalten. Dagegen wollen es die Einwohner nicht, da die Stadt durch ein Bombardement schwer beschädigt werden würde. Dieselben begeben sich zum größten Theil nach Baiburt. — Wie dem genannten Blatte weiter gemeldet wird, endete der am Montag stattgehabte Kampf mit einer allgemeinen Flucht der türkischen Truppen.

Petersburg, 7. November. Officielles Telegramm aus Bogot vom 6. d.: In der Nacht vom 4. zum 5. d. rückte General Skobelev mit einem Theil seiner Truppen auf die Avantgarde-Position links von Vrestonika vor, errichtete daselbst Befestigungen und Batterien, und eröffnete bei Tagesanbruch ein den Türken unerwartetes Salvenfeuer. Der Feind antwortete schwach, jedoch wurde die Kanonade heftiger, als eine Colonne unserer Volontaire unerwartet die nächsten uns hindern türkischen Stellungen angriff und deren Verteidiger niedermachte. In dem hierbei entstandenen Getümmel ließen die Türken uns die Disposition ihrer Streitkräfte erkennen. Gegen Mittag wurde wieder alles still. — Am 2. d. brang eine Abtheilung Leibdragoonen über Kamarewo bis Dschuralowo vor und schlug auf dem Wege nach Wraza einen Trupp Tscherkessen, wobei sie gegen 100 Wagen, 370 Stück Rindvieh und 400 Schafe erbeuteten. Ein Dragoner wurde verwundet. — Eine Abtheilung Ulanen besetzte die Straße von Rahova nach Widdin und beschädigte die Telegraphenleitung zwischen Rahova und Kom Balanta. — Am 5. d. unternahmen wir eine Reconnoissance gegen Rahova und fanden daselbst besetzt und von 1500 Mann Infanterie mit 3 Geschützen besetzt. Ein Theil der türkischen Truppen zog sich aus Rahova gegen Kom Balanta zurück. Die türkische Bevölkerung flüchtet auf der Chaussee nach Sofia. — Generalmajor Tscherewin besetzte die Befestigungen von Petrowen und Jabloniki.

Konstantinopel, 6. Novbr. Von der Regierung werden folgende Nachrichten verbreitet: Neuf Pascha meldet aus Schipka vom 5., nach Sturmwind, Regen und Schnee, die bis Sonntag andauert, sei schöneres Wetter eingetreten, türkischerseits habe man feindliche, mit Herbeischaffung von Holz beschäftigte, oder dabei als Escorte dienende Abtheilungen beschossen und denselben Verluste beigebracht. Auch am 5. habe Geschütz- und Gewehrfeuer fortgedauert. Der Feind habe sich durch Streiträfte, die aus Gabrowa beigezogen worden seien, verstärkt. — Suleiman Pascha berichtet unter dem 5., bei einer ausgeführten größeren Reconnoissance seien drei vom Feinde im Thale von Mariano, seitlich von Elena, erbaute Schanzen genommen und zerstört worden. (W. T.)

Danzig, 8. November.
* In der ersten Hälfte der 1860er Jahre wurde bekanntlich durch ein Consortium von Berliner Speculanten mit großer Anstrengung der Versuch gemacht, ohne jede äußere Veranlassung der Danziger Privat-Actienbank den Todesstoß zu versetzen, indem man im Hinblick auf den bedeutenden Reversend der Bank den Beschluß auf Liquidation derselben durchzusetzen versuchte. Das Attentat — denn nur als ein solches kann man jenes Project bezeichnen — wurde damals von den Danziger Actionären freigeig abge-schlagen. Gegenwärtig scheint sich ein ähnlicher Anlauf zu einem solchen Todten-gräber-Projekt zu wiederholen. Die Berliner „Börse-Ztg.“ plädiert bereits in längeren Artikeln für die Auflösung des Instituts und wieder soll ein Liquidations-Antrag von Berliner Actionären eingebracht werden. Der heute hier eingetroffene „Börsen-Courier“ zieht gegen dieses die Handels-Verhältnisse Danzigs schwer schädigende Verfahren energisch zu Felde, das nur darauf hinausläuft, aus den zu gedrücktem Course aufgekauften Actien bei der Liquidation einen Profit zu erzielen. Dielem speculativen Nutzen zu Liebe solle ein Institut aus der Welt geschafft werden, ohne welches man sich den in vielen Branchen höchst wichtigen Handel Danzigs kaum denken könne. Wer die lokalen Verhältnisse Danzigs kennt — führt der „B. C.“ weiter aus — weiß, daß die durchaus soliden Discontierungen der Privatbank einen Lebensnerv des Handels der Stadt Danzig bilden. Die Bank habe im Allgemeinen mit günstigen Resultaten gearbeitet und selbst der Umstand, daß sie in diesem Jahre möglicherweise in Folge des Verlustes bei einem kleinen Lauenburger Institut aller Wahrscheinlichkeit nach eine höchst magere oder vielleicht gar keine Rente abwerfen wird, kann in dem Urtheil nicht beirren, daß die Danziger Privatbank ein durchaus lebenskräftiges Institut ist, das, abgesehen von seiner unbefristeten lokalen Nothwendigkeit, auf eine ununterbrochene Reihe von Jahren mit durchaus glücklicher Rentabilität zurückblicken kann. Beispielsweise ist zu erwähnen, daß seit Bestehen des Instituts in Form von Dividenden an die Actionäre 125,4 Proc. vertheilt worden sind. Die Actionäre haben mithin im Verlaufe von zwei Jahrzehnten eine Durchschnittsrente von über 6 1/2 Proc. für ihr Kapital erhalten. Der „B. C.“ hofft, daß bei der Abneigung, der ohne Zweifel das Gebahren der Berliner Liquidations-Eligee in Danzig begegnen wird, die Speculanten wie vor Jahren so auch jetzt wieder mit einer tüchtigen Schlappe nach Hause geschickt werden. Den äußersten Fall vorausgesetzt, daß nämlich das ganze Actienkapital in der betreffenden General-Versammlung vertreten sein würde (was aber nicht anzunehmen ist), würde bei einem Actienkapital von einer Million Thaler eine Minorität von 250 000 Thln. auf alle Fälle genügen, um die Liquidations-Projekte wirksam zu durchkreuzen. „Wir zweifeln nicht, daß in den Kreisen der Verwaltung und in Danzig dieser Actienbesitz vorhanden ist und daß er sich zusammenbündeln wird, um als geschlossene Phalanx gegen die nicht allzu sauberen Berliner Projecte sehr entschieden Front zu machen.“

Der Verwaltungsrath der Bank hat zu den oben erwähnten Bestrebungen bisher noch nicht Stellung nehmen können, da bis jetzt der Antrag auf Liquidation noch nicht hier eingegangen ist. Die Direction wird ihrerseits — wie auch uns

gleich dem „B. C.“ versichert wird — zu den Auflösungs-Projekten eine vollkommen neutrale Stellung beobachten, die jenen Projecten gegenüber etwa zu unternehmenden Schritte lediglich dem Verwaltungsrathe resp. den Actionären überlassen. Es wird daher eines energischen Vorgehens der Actionäre bedürfen, die in der Herstellung begriffene Mine, durch welche die Bank gesprengt werden soll, unschädlich zu machen. Die Sucht nach augenblicklichem Vortheil auf der einen Seite, eine zwar erklärliche, aber für hiesige Verhältnisse mindestens weit übertriebene Panik auf der anderen Seite bedrohen die weitere Existenz eines in langer Thätigkeit bewährten Instituts, dessen Stütze grade das gesunde Creditbedürfnis in der heutigen kritischen Zeit und in einem Augenblicke, wo unser Handel sich umfangreiche neue Gebiete zu erschließen im Begriffe steht, wohl am schwersten entbehren würde. An der Erhaltung desselben hat somit das gesammte Publikum ein schwer wiegendes Interesse.

* Ein Einwohner aus der Provinz Preußen, Martin Jilins aus Heinrichsdorf bei Meidenburg, der im Jahre 1871 sechs Monate lang beim Grenadier-Regiment Nr. 4 in Danzig gebient haben will, hat gestern Vormittags im Palais des Kaisers zu Berlin aus materieller Noth den Versuch gemacht, sich zu erschießen. Wie die „Post“ berichtet, hatte Jilins im Palais ein Bittgesuch um Unterstützung überreicht. In demselben war angeführt, daß er 1871 wegen Ausschusses und Augenkrankheit ohne Invaliden-Pension vom Militär entlassen worden sei. Er habe keinen Anspruch auf Invaliden-Pension und habe früher eine Armen-Unterstützung genossen, erhalte seit einiger Zeit aber nichts mehr. Während der dreizehntägigen Fingel-Abjant nach Empfangnahme des Bittgesuchs einen Schein für den Jilins behufs freier Rückfahrt nach seiner Heimath ausfertigte, setzte sich Jilins auf dem Treppenhof auf den Fußboden und versuchte in einem unbedachten Augenblicke sich mittelst eines Terzerols zu erschießen. Das Terzerol war mit Schrot geladen, und der Schuß ging unterhalb der Schulter in die rechte Brust. Jilins wurde sofort in die Charité geschafft. Die Verwundung soll nicht lebensgefährlich sein.

Polizeibericht vom 8. November. Verhaftet: der Arbeiter S. wegen Unterschlagung; 14 Obdachlose, 2 Bettler, 7 Dirnen, 1 Betrunkener, 2 Personen wegen nächtlicher Rauschführung. — Gestohlen: dem Oberstabsarzt Dr. S. vom Neubau ein Stief Lederkoffer mit 2000 Mark; dem Rentier B. vom Bode ein goldenes Uhrgesicht. — Gefunden: im August cr. im Garten des Victoria-Hotels in Joppo ein goldenes Armband mit Granaten besetzt. Zwei Bücher (Cour- und Anführerbuch von König) auf der Langgasse; 1 Mißförde auf der Sandgasse; Melbungen im Mittelgebäude des Polizeigefängnisses 2 Tr.

* Marienburg, 7. Novbr. Das heutige 50jährige Amtsjubiläum des hiesigen Kreisgerichts-Directors Neumann, welcher seit dem Jahre 1845 dem hiesigen Kreisgericht vorsteht, fand hier in den verschiedensten Kreisen unserer Bürgerchaft warme Theilnahme. Von dem Präsidenten des Appellationsgerichts zu Marienwerder lief ein Glückwunsch-Schreiben ein, dem eine kgl. Cabinetsordre beigelegt war, welche dem Jubilar den Charakter als Geh. Justizrath verleiht. Eine von Hrn. Bürgermeister Horn geführte Deputation der städtischen Behörden überreichte dem Jubilar das Diplom über seine Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt Marienburg; Deputationen der Beamten des hiesigen Kreisgerichts und der von denselben ressortirenden Gerichts-Deputationen zu Tienhof, Christburg und Stuhm überreichten ein Pracht-Album mit den Photographien der Spender, die übrigen Beamten der Stadt und die Freunde des Jubilars überreichten demselben einen kostbaren silbernen Tafelaufsatz. Deputationen der Geistlichkeit, des Lehrer-Collegiums, des kgl. Gymnasiums und andere Abgesandte überreichten Glückwunsch-Blößen. Nachmittags vereinigten sich zu Ehren des Jubilars veranstalteten Feste ein zahlreicher Kreis von Collegen und Freunden desselben.

Am Sonnabend Abend erhielt der Bräunauer Strauß, welcher harmlos unter dem hohen Lauben wandelte, von dem aus dem Gymnasium verwiesenen Quar-taler Besenmer einen Pfefferschiff in den Hals. Nach dem jugendlichen Sünder zu dieser That getrieben haben. (M. W. M.)

* Der Kreisrichter Bischoff zu Neustadt ist in gleicher Amtseigenschaft nach Elbing versetzt.

— Der praktische Arzt Dr. med. Ledtke zu Kraus-pischen ist zum Kreisphysikus des Kreises Labiau ernannt worden.

Meidenburg, 4. Oct. In der Drischast Jedwabno ist eine Räuberbande erschossen worden, und zwar, wie man annimmt, von ihrem eigenen Manne. Die gerichtliche Untersuchung der Leiche hat erst stattgefunden, nachdem dieselbe beerdigt war. Der Mann sitzt hier in Untersuchungshaft.

* Der bisherige Landrath des Kreises Kröben, Schopis, ist zum Landrath des Kreises Goldap ernannt worden.

* Der schwere Unfall, welchen in der Nacht vom 9. zum 10. August d. J. der Nacht-Courierzug der Pfabn durch Entgleisung auf der Strecke zwischen Weichenhöhe und Neusthal erlitt, wurde bekanntlich von Anfang an einer Dienstvernachlässigung des betr. Bahnwärters zugeschrieben. Im September wurde denn auch der Pfabn-Bahnwärter Marquardt verhaftet und dem Kreisgericht zu Lobensz geführt. Dort stand er vor-gestern vor den Schranken, angeklagt, durch Fahrlässigkeit bei Ausübung seines Dienstes einen Eisenbahntransport gefährdet und somit den Tod des Zugführers Mallu, des Bremfers Krause und die Verletzung mehrerer Passagiere verschuldet zu haben. Der Angeklagte hatte am 9. August, Abends 8 Uhr, den Bahnwärter Hinz abgelöst und seinen Dienst angetreten. Um 12 Uhr 38 Min. passirte der Courierzug jene Stelle. Reglementmäßig hatte der Bahnwärter eine Stunde vorher mit der Revision seiner Strecke zu beginnen. Hätte Marquardt streng nach dieser Instruction gehandelt, so wäre, wie die Anklage annimmt, wahrscheinlich das Unglück vermieden worden, da er dann die ca. 20 Centimeter hohe Sand- und Schlamm-Masse, welche in einer Länge von 32 Metern auf das Schienengeleise aufgeschwemmt war, bemerkt haben müßte und dem Zuge rechtzeitig das Haltsignal geben konnte. Der wolkbruchartige Regen, welcher die Ueberfluthung herbeiführte, hatte von 9 Uhr Abends bis kurz nach 10 Uhr stattgefunden, dann hatte es bis kurz nach 11 Uhr nur mäßig geregnet. Der Angeklagte hat selbst zugestanden, daß er bereits vor 11 Uhr Abends, also zu früh, mit der Revision begonnen und um diese Zeit noch Alles in Ordnung gefunden habe. Nach den angestellten Untersuchungen und nach den vor Gericht abgegebenen Gutachten der Sachverständigen muß die Ueberfluthung des Bahngeleises spätestens gleich nach 11 Uhr, wahrscheinlich schon früher stattgefunden haben. Marquardt gab zu seiner Einschuldigung an, daß er weder lesen noch schreiben könne und in Folge dessen außer Stande gewesen sei, die Dienst-Instruction durchzulesen. Er sei durch seine Genossen nur oberflächlich über seine Dienst-Obliegenheiten informiert worden. Dieser Einwand wurde jedoch vom Gerichtshof verworfen, da es Sache des Marquardt gewesen sei, sich mit seinen Obliegenheiten genau vertraut zu machen. Konnte er dies nicht selbst thun, so mußte er dazu die Hilfe anderer Beamten in Anspruch nehmen. Der Angeklagte wurde demnach in Gemäßheit der Anklage für schuldig erachtet und zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt.

Literarisches.
Das November-Heft von Kobenberg's Deutscher Rundschau (Berlin, Gebr. Paetel) enthält: Björnsteins Björnson, Magnhild. Novelle (Schluß). — E. du Bois-Reymond, Culturgeschichte und Naturwissenschaft. — Runo Fjäder, Goethes Faust. Ueber die Entstehung und Composition des Gedichtes. (Schluß). — G. Jirschfeld, Olympia. Mit einer Tafel: „Zeustempel zu Olympia“. — Berliner Chronik: Bruno Meyer, die Berliner Kunstausstellung. — Literarische Rundschau: ***. Essay von Louis Ehler. — Literarische Neuigkeiten.

* Die Verlags-Buchhandlung von Georg Wigand in Leipzig hat soeben einen „illustrierten Weihnacht-Catalog“ herausgegeben, der ein Verzeichniß von Märchen, Jugendbüchern, Bilder-büchern, Kupferwerken und illustrierten Prachtwerken, die in der genannten Handlung erschienen sind, enthält. Die elegante Ausstattung dieses Büchleins, namentlich aber die reizenden Illustrationsproben, größtentheils nach Zeichnungen von Ludwig Richter, gereichen der Verlagsbuchhandlung zur besten Empfehlung.

Vermischtes.
Berlin. Der Bassist Scaria, der auf dem jetzt geschlossenen Woltersdorfftheater gastiren sollte, wird einige Male bei Kroll singen. — Otto Lefffeld, der wegen plötzlicher Erkrankung am Dienstag nicht auf-treten konnte, wird Donnerstag sein Gastspiel im Velle-alliance-Theater als Schloß fortsetzen. — In den Reichs-hallen concertirt jetzt der Musikdirector Parlow aus Stettin mit seinem Orchester.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.
Die heute fällige Berliner Börsen-Depesche war beim Schluß des Platzes noch nicht eingetroffen.

Hamburg, 7. November. [Getreidemarkt.] Weizen loco unverändert, auf Termine ruhig. — Roggen loco unverändert, auf Termine ruhig. — Weizen 7er Nov. 215 Br., 214 Gd., 7er April-Mai 7er 1000 Kilo 210 Br., 209 Gd. — Roggen 7er Nov. 144 Br., 143 Gd., 7er April-Mai 7er 1000 Kilo 149 Br., 148 Gd. — Hafer unverändert. — Gerste unverändert. — Rüböl still, loco 75 1/2, 7er Mai 7er 200 Kilo 73 1/2. — Spiritus still. 7er Nov. 41, 7er Debr. 40 1/2, 7er April-Mai 40 1/2, 7er Mai-Juni 7er 1000 Liter 100 1/2. — Raffee fest, aber geschäftslos, geringer Um-satz. — Petroleum fester, Standard white loco 12,00 bez., 11,75 Gd., 7er Novbr. 11,75 Gd., 7er Debr. 12,20 Gd. — Wetter: Trübe.

Bremen, 7. Novbr. (Schlußbericht.) Petroleum loco 12,25, 7er Jan. 12,45, 7er Febr. 12,45.

Danziger Börse.
Amtliche Notierungen am 8. November. Weizen loco flau und billiger, 7er Tonne von 2000 K feingelagert u. weiß 130-134 1/2 240-260 A. Br. hochbunt . . . 128-131 1/2 230-245 A. Br. hellbunt . . . 127-130 1/2 225-240 A. Br. bunt . . . 125-128 1/2 215-225 A. Br. 177-230 roth . . . 120-134 1/2 200-225 A. Br. A. bez. ordinair . . . 105-130 1/2 170-200 A. Br. russisch roth . . . 123-130 1/2 — A. Br. russisch ordinair 115-125 1/2 — A. Br. Regulirungspreis 126 1/2 bunt lieferbar 214 A. Auf Lieferung 126 1/2 bunt 7er Novbr. 214 A. bez., 7er April-Mai 215 A. Br., 213 A. Gd., 7er Mai-Juni 214 A. bez. Roggen loco unverändert, 7er Tonne von 2000 K Inländer und unterpolnischer 136-138 A. 7er 120 A bez., russ. 135 A 7er 120 A bez. Regulirungspreis 120 1/2 lieferbar 136 A. Auf Lieferung 7er April-Mai 130 A Gd., do. unterpolnischer 142 A Br., 140 A Gd. Gerste loco 7er Tonne von 2000 K große 107/8-115 1/2 167-178 A. kleine 101-102 1/2 130-139 A. Futter- 127 1/2-131 A. Erbsen loco 7er Tonne von 2000 K weiße Futter- 136-140 A. Petroleum loco 7er 100 K (Original-Tara) ab Neufahrwasser 14 A. Steintohlen loco 7er 3000 Kilogr. ab Neufahrwasser in Kahlbäumen, doppelt gestiebte Kahlbäume 40-45 A. Schottische Maschinenkohlen 45 A. Wechsel und Fondscourse. London, 3. Mon. 20,44 Gd. 4 1/2 p. Bragg. Consolidirte Staats-Anleihe 103,70 Gd. 3 1/2 p. Bragg. Staatsanleihe - Anleihe 92,90 Gd. 3 1/2 p. Bragg. Staatsanleihe - Anleihe 82,90 Gd. 4 p. do. do. 93,70 Gd., 4 1/2 p. do. do. 105,15 Br. 5 p. Stettiner National-Hypotheken-Pfandbriefe 98,00 Br.

Das Bankendement der Kaufmannschaft.

Danzig, den 8. Novbr. 1877.
Getreide-Börse. Wetter: schön und warm bei klarer Luft. Wind: Süd.
Weizen loco still, und besonders in der zweiten Hälfte des heutigen Marktes, sehr flau gewesen, und vorzugsweise sind es die hellen und besseren Sortungen einerseits, wie die mit Auswuchs behafteten andererseits, welche heute, um zu verkaufen, um 3-5 M. 7er Tonne billiger erlassen werden mußten. Bezahlt ist für Sommer-125/6 190 M., roth milde 127 1/2 210 M., bunt 120, 123 1/2 190, 195, 197 M., 124-126 1/2 205, 206, 212 M., fein bunt 127 1/2 222 M., hellbunt 123 1/2 215 M., 125/6-130 1/2 215-230 M., glatt 126 1/2 215, 216 M., hochbunt glatt 131 1/2 235 M. 7er Tonne. Für russischen Weizen war die Stimmung lustlos und auch dafür sind billigere Preise angelegt worden. Bezahlt ist für roth 118, 122, 125 1/2 173, 175, 177, 183 M., roth bunt 126 1/2 195 M., besserer 130 1/2 202 M., Semomirca 132, 134 1/2 235 M. 7er Tonne. Termine ruhig, November 214 A. bez., April-Mai 215 A. Br., 213 A. Gd., Mai-Juni 214 A. bezahl. Regulirungspreis 214 A.
Roggen loco unverändert, unterpolnischer und in-ländischer nach Qualität ist 117 1/2 132 M., 121/2 136 1/2 A. besetzt 120 1/2 135 A., besserer 121 1/2 138 M., 123 1/2 140, 124 1/2 142 M. 7er Tonne bezahl. russischer 120 1/2 brachte 135 A. Termine April-Mai 130 A. Gd., unterpolnischer 142 A. Br., 140 A. Gd. Regulirungspreis 136 A. Gefündigt 60 Tonnen. — Gerste loco mit Ausnahme besser Qualität sehr flau und billiger verkauft. Große 112 1/2 gelb 162 M., gute große 107/8 bis 115 1/2 167 bis 178 M., kleine 102 1/2 138, 139 M., kleine 107 1/2 154 M., polnische 100 1/2 130 M., russische Futter- 100/18 127 1/2 A. 7er Tonne. — Erbsen loco Futter- 136, 140 A. 7er Tonne bezahl. — Spiritus loco ohne Umlag.

Meteorologische Beobachtungen.

Monat	Stand in Par. Linien	Barometer in Freien.	Wind und Wetter.
7	8	336,88	+ 6,2 W., flau, diesig.
8	12	336,74	+ 9,1 SW., mäßig, diesig.

Das gestern Nachts 11 Uhr plötzlich erfolgte Dahinscheiden meines geliebten Mannes, unseres lieben Vaters, Großvaters und Bruders, des Kaufmanns

J. L. Italiener

in seinem 60. Lebensjahre zeigen wir tief betrübt an.
Danzig, den 8. November 1877.
8884) Die Hinterbliebenen.

Danzig, im Novbr. 1877.

P. P.

Für die auswärtigen Abonnenten der Danziger Zeitung haben wir heute einen Prospekt über

Brehm's Thierleben,
zweite Auflage,

beilegen lassen.

Wie im Prospekt bereits mitgeteilt, sind sowohl die bereits erschienenen Hefen wie Bände vorrätig und stehen den Respektanten zur geneigten Einsicht zu Gebot.

Wir bitten den Prospekt dieses einzig in seiner Art dastehenden Wertes einer freundlichen und genauen Durchsicht zu würdigen und zeichnen Hochachtungsvoll

L. G. Homann's
Buchhandlung,
Prowe & Benth.

Plagen, Prozeßschriften, Gesuche aller Art, Contracte, Testamente, Gnaden Gesuche, Vertheilungsschriften pp. fertigt billigt

A. Schulz, früher Bureauvorsteher beim Herrn Justiz-Rath Lindner, Hadergasse No. 1, Eingang a. Dominikaner-Platz. Capitalien habe ich hypothekarisch, pupillarisch sicher auf ländliche Besitzungen zu begeben. Genane Offerten werden in der Exped. d. Btg. u. 8896 erbeten.

Auf eine sichere Hypothek von 18 000 M., werden 9- bis 12 000 M. gesucht. Selbstdarleher belieben ihre Adresse unter 8904 i. d. Exp. d. Btg. einzureichen.

Feine
französl. Käseorten
empfiehlt

A. Fast, No. 3334.

Feine
Cervelat- u. Leber-
Trüffel-Wurst
empfiehlt

A. Fast, No. 3334.

Eine Sendung sehr schöner
Pomm. Gänsebrüste

empfang und empfehle.

Magnus Bradtko.

Nehe, Rehzimmer, Rehkulen, Hasen und wilde Enten offerirt die Wildhandlung Trinitatis-Kirchengasse 8.

Kieler Sprotten,

etwas klein fallend, offerirt a. 75 J.

Zeltower Rübchen, empfehle

Albert Meck, Heiligegeistgasse 29.

Geröstete Weichsel-Kneulen, Kräuter-Anchovis, russ. u. franz. Sardinen, echten Schweizer. Tilsiter, Limburger und Werder-Käse empfiehlt billigt

E. F. Sontowski, Hausthor 5.

Besten Werder-Redhonia in 1-Grt.-Gebinden und ausgewogen empf.

E. F. Sontowski, Hausthor 5.

Prima Petroleum

zu herabgesetzten Preisen,

Amerik. Schmalz u. Speck in Kisten und ausgewogen empfiehlt billigt
E. F. Sontowski, Danzig, Hausthor 5.

Ölmüher Käs'chen

in Original-Kisten von 10 Schöck an a 1 M. per Schöck, einzelne Schöcke 1,25 M., sowie Dresdner Kräuter-Käse pro Dbd. 90 J. empfiehlt und versendet

Hugo Schwarzkopf

8907) in Danzig am Holmarkt.

Ein antiker, zith. Nußbaum-Kleiderschrank, auch zum Wäscheschrank zu benutzen, ist wegen Mangels an Raum zu verkaufen Drehergasse 1, 1 Tr., Eingang Tobannissgasse.

Ein hochfeines Pianino mit gutem Ton ist preisw. z. verk. oder zu verm. Nbb. Breitg. 122, Eing. Jungfer. 1 Tr. Ein recht guter Flügel ist zu verkaufen Breitgasse No. 89, 1 Tr.

Ein älterer Mann (Fabrikinspector) sucht Stellung als Aufseher, Kassirer, Vot oder Contorbiener. Gef. Abt. werd. unter 8814 i. d. Exp. d. Btg. erb.

Ein tücht. Anteschreiber findet von gleich oder später eine Stelle in Neu-Terranova bei Elbing. Meldungen an **Jacob Litten** in Elbing

Der eröffnete Ausverkauf

enthält zu außerordentlich herabgesetzten Preisen:

Große Partien wollener Kleiderstoffe jeder Art,

darunter: **Schwarze und farbige Ripse** a 1 M. und 1 M. 20 J., **Neigees und Noppes, Sartans, Beiges, klein gemust. Cords etc.** von 60 J. per Meter an; **schwere schwarze und coul. Ripse, Cache-mires und Diagonales** a 1 M. 30 bis 1 M. 80 J. per Meter.

Schwarze Seiden-Ripse, a 3 M. 50 per Meter; **Stepp- und Filz-Röcke** von 6 M. an; **Winter-Paletots etc.**

F. W. Faltn & Co. Nachfolger, Langgasse 13,

H. Regier.

F. Wedemeyer.

Vorträge von Dr. A. E. Brehm

Abends 7½ Uhr. im Apollo-Saale des Hotel du Nord. Abends 7½ Uhr.

Freitag, 9. Novbr.: Die Steppe Mittelasiens und ihre Thierwelt. Numerirter Sitzplatz 1 M. 50 J., unnumerirt 1 M. 25 J., Stehplatz 1 M., Schülerbillets 75 J.

Th. Bertling, Gerbergasse 2.

8879)

Zur Herstellung von Haus- & Hotel-Telegraphen,

sowie aller damit verwandten Einrichtungen empfiehlt sich unter Zusicherung der solidesten Bedingungen

G. Grotthaus,

Sundegasse No. 97.

Für unbedingte und dauernde Brauchbarkeit meiner nach den neuesten Fortschritten der Theorie und Praxis verbesserten und vereinfachten Einrichtungen übernehme ich jede Garantie. [8890]

Nutzholz-Auction

am Seegethor.

Montag, den 19. November cr., Vormittags 10 Uhr, werde ich auf dem Holzfelde vor dem Seegethor, an der rothen Brücke rechts, im Auftrage und für Rechnung wen es angeht:

ca. 60 000 lauf. Fuß 1" fichtene Dielen in Längen

von 12 bis 50 Fuß,

15 000 lauf. Fuß 1½" fichtene Dielen in Längen

von 12 bis 50 Fuß,

5000 do. 2 und 3" ficht. Bohlen,

600 Stück Dachlatten,

Eine Partie 1- und 1½" eichene Bretter;

Zum Schluß präcise 12 Uhr:

Eine große Partie mahagoni Bohlen

an den Meistbietenden öffentlich versteigern.

Den Zahlungstermin werde ich den mir bekannten Käufern bei der Auction anzeigen. Unbekannte zahlen sofort.

Joh. Jac. Wagner Sohn,

Auctionator. Bureau: Danzig, Sundegasse 111.

S. Hirschwald & Co.,

Leinen-Handlung und Wäsche-Fabrik,

15 Wollwebergasse 15

haben große Partien Wäschegegenstände zum

Ausverkauf

gestellt, darunter:

Oberhemden in guter Qualität

Damenhemden garnirt

Herren-Nachthemden

Negligee-Jacken mit Besatz

Pantaloens besetzt

Blaue Hüftschürzen in Doblas

Moiréeschürzen mit Lak

Filz-Unterröcke guter Qualität

Zanella-Steppröcke

Unterkleider für Herren

Camisoles für Damen und Herren

5/4 Berl. Elle breiten Doblas, Meter

5/4 " " Negligee Stoffe

5/4 " " Halb Figur

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

5/4 " " "

Beilage zu No. 10644 der Danziger Zeitung.

Danzig, 8. November 1877.

Danzig, 8. November.

* In Beziehung auf die Beitragspflicht der Eisenbahn-Gesellschaften zu den Kreisabgaben hat das Oberverwaltungsgericht in einer Streitsache dahin entschieden, daß bei der Berechnung des steuerbaren Reineinkommens von der Brutto-Einnahme wohl die Ausgaben für die an den Staat zu entrichtenden Eisenbahn-Abgaben, und ebenso für die an den Staat oder an die beteiligten Gemeinden zu entrichtende Grundsteuer, nicht aber die Ausgaben für die Tilgung von Eisenbahn-Anleihen und für die zu entrichtende Communal-Einkommensteuer in Abzug zu bringen sind.

* Briefsendungen nach und aus den, dem fremdländischen Verkehr eröffneten wichtigsten Hafenorten Chinas, nämlich: Kiang-ehow, Canton, Swatow, Amoy, Foochow, Ningpo, Shanghai und Hankow unterliegen lediglich den für Hongkong in Anwendung kommenden Portosätzen des allgemeinen Postvereins. Die Befrachten für frankirte Briefe 40 J für je 15 Gramm, für Postkarten 20 J, für Drucksachen, Waarenproben und Geschäftspapiere 10 J für je 50 Gramm. Für unfrankirte Briefe kommen 60 J für je 15 Gramm zur Erhebung. Die Einschreibgebühr beträgt 20 J; für die Beschaffung eines Rückhefts tritt eine weitere Gebühr von 20 J hinzu. — Die vorstehenden Portosätze finden auch auf die Briefsendungen nach und aus dem übrigen China einschließlich Formosa Anwendung, mit der Maßgabe, daß diese Sendungen dem Frankirungszwange bis zu einem der obengenannten Hafenorte unterliegen. Einschreibbriefe nach Chohow oder Kiangchow und Pakhoi werden zweckmäßig an das Kaiserlich Deutsche Konsulat in Hongkong (am Besten mit der Bezeichnung: "care of Imperial German Consulate-Hongkong") gerichtet, desgleichen Einschreibsendungen nach Taiwanfu, Takao, Tamsui und Kelung an das Kaiserlich Deutsche Konsulat in Amoy, und Einschreibsendungen nach Swatow, Chinliang Wuhu, Kinkiang, Ichang, Chefoo, Tientsin, Kinkuang und Peking an das Kaiserlich Deutsche Konsulat in Shanghai. Bei allen übrigen Orten Chinas hat die Einschreibung nur bis zu demjenigen der vorgenannten Hafenorte Wirkung, welcher dem Bestimmungsorte am nächsten gelegen ist. — Die Sendungen müssen mit dem Vermerk "über Suez und Hongkong" versehen sein. Es empfiehlt sich ganz besonders, auf den Aufschriften der Briefsendungen nach den chinesischen Hafenorten den Bestimmungsort übereinstimmend mit der im Vorstehenden angewendeten Schreibweise zu bezeichnen.

Königsberg, 7. November. Bereits vor dem 50jährigen Dienstjubiläum des commandirenden Generals v. Barnekow wurde von hier aus das Gerücht verbreitet, derselbe wolle seinen Abschied nehmen. Nunmehr tritt hier aus Neude dieses Gerücht auf. Danach soll der General beabsichtigen, zum Frühjahr in den Ruhestand zu treten und seinen Wohnsitz in Gölitz zu nehmen. Ob die Nachricht glaubwürdiger ist, als die ebenfalls dieser Tage von hier aus verbreitete, daß bereits im Dezember der Provinzial-Landtag für Ost- und Westpreußen wieder zusammentreten solle, wozu bis jetzt schwerlich eine Veranlassung vorliegt, lassen

wir dahingestellt sein. — Die Canalisation des hiesigen Fließes ist, wie die „R. S. Z.“ mittheilt, heute bereits durch Herrn Consul Müller der Stadt übergeben worden, und es hat die vorgenommene Spülung der Leitung die Tüchtigkeit der Arbeit dargestellt. Die Canalisation der Modest-, Burg- und Münzstraße ist ebenfalls seit gestern beendet. — Nachdem ein Obergefreiter gestern den Tag über in einer Restauration der Altstadt sich aufgehalten und eine Reihe von zehn Thalern bezahlt hatte, zog er gegen Abend plötzlich einen Revolver hervor, um denselben auf sich abzufeuern, wurde hieran aber noch rechtzeitig verhindert und fortgebracht.

Meteorologische Depesche vom 7. November.

8 Aberdeen . . .	743,2	SEW	stille	wolkenl	5,6	1)
8 Copenhagen . .	753,0	SEW	mäßig	Regen	10,8	2)
8 Stockholm . . .	748,0	SEW	mäßig	Regen	3,3	
8 Saparanda . . .	736,0	W	mäßig	bed.	1,2	
7 Petersburg . . .	747,1	SEW	mäßig	Regen	8,8	
7 Moskau	763,1	SEW	stille	bed.	2,2	
8 Cork	749,3	W	schwach	wolfig	8,9	3)
7 Breßl	755,5	W	schwach	bed.	12,0	4)
7 Helber	753,6	SEW	schwach	bed.	12,2	
8 Sydt	752,2	SEW	stille	Dunst	11,3	
8 Hamburg	757,0	SEW	stille	bed.	12,3	5)
8 Swinemünde . .	758,5	SEW	mäßig	bed.	10,7	6)
8 Neufahrwasser . .	758,8	SEW	mäßig	bed.	10,2	7)
8 Memel	757,5	SEW	mäßig	Regen	9,2	8)
7 Paris	759,0	—	schwach	bed.	11,7	
7 Grefsl	758,2	—	mäßig	bed.	12,8	9)
7 Karlruhe	763,2	SEW	stille	b. bed.	7,2	
7 Wiesbaden . . .	762,5	SEW	stille	bed.	8,3	10)
7 Cassel	761,6	SEW	leicht	bed.	11,2	11)
7 München	765,9	SEW	leicht	wolkenl	3,1	
7 Leipzig	762,6	—	leicht	wolfig	9,8	
7 Berlin	760,4	—	schwach	bed.	10,9	
7 Wien	768,0	—	stille	heiter	—1,7	
7 Breslau	764,7	SEW	schwach	b. bed.	6,9	12)

1) See ruhig. 2) Abends, und Morgens Nebel. 3) Seegang leicht. 4) See ziemlich unruhig. 5) Abbs. und Nachts böig. 6) See ruhig. 7) Dunstig. 8) See unruhig. 9) Nachm. Regen. 10) Nebel. 11) Dunstig, Nachts Regen. 12) Nebel.

Außer in Finnland und am Kanal, wo das Barometer erheblich gefallen, sind die Veränderungen im Luftdruck unbedeutend. Auch die Windverhältnisse sind ziemlich dieselben wie gestern, nur ist an der deutschen Küste der Südwestwind mit unruhigem regnerischem und sehr warmem Wetter aufgefrischt. Von Paris bis Königsberg ist es allgemein wärmer, auf den britischen Inseln etwas kühler geworden.

Vermischtes.

Dresden, 4. Novbr. Drei Personen, welche des an dem Rentner Pusinelli begangenen Raubmordes verdächtig sind, ein Ehepaar und ein Tischlergeselle, sind gefänglich eingezogen. — Andererseits wird aus Prag gemeldet, daß der Mörder des Pusinelli dort in der Person eines Schuhmachers entdeckt worden sei.

Der Mörder soll von seiner eigenen Frau verrathen worden sein.

Wien. Wagner's „Rheingold“ wird am Hof-Operntheater eifrigst einkindirt. Am 1. Januar soll das Werk zum ersten Male daselbst in Scene gehen. — Den ersten Beutepreis hat, wie erwähnt, das Lustspiel „Durch die Judenbühn“ von E. Henle erhalten. Hinter dem Pseudonym steht, wie man nun hört, Frau Levi in Eßlingen, Gattin eines Bijouterie-Fabrikanten.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Frankfurt a. M., 7. Novbr. Effecten-Societät. Creditactien 180%, Franzosen 220%, 1860er Loose —, Papierrente —, Galizier 209, Goldrente 63%. Fest. Amsterdam, 7. Novbr. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen auf Termine niedriger, Roggen loco still, auf Termine höher, Weiz 317. — Roggen loco still, auf Termine höher, Weiz 190. — Raps für Frühjahr 424 Fl. — Weizen loco 43, Weiz Herbst 42%, Weiz Mai 43%. — Wetter: Regen.

Wien, 7. Nov. (Schlußcourse.) Papierrente 63,80, Silber 67,00, Goldrente 74,10, 1854r Loose 107,00, 1860er Loose 112,20, 1864er Loose 137,20, Creditloose 162,00, Ungar. Prämienloose 79,50, Creditactien 210,50, Franzosen 257,00, Lomb. Eisenbahn 77,25, Galizier 244,25, Kaiserthbahn 104,00, Pardub. 94,00, Nordb. 110,00, Elisabethbahn 164,50, Nordbahn 1922,00, Nationalbank 831,00, Türkische Loose 14,50, Unionbank 62,00, Anglo-Austria 91,25, Berliner Wechsel 57,80, Londoner do. 118,70, Hamburger do. 57,80, Pariser do. 47,45, Frankfurter do. 57,80, Amsterdamer do. 98,50, Napoleons 9,53, Dufaten 5,66, Silbercoupons 105,60, Marknoten 58,55, Ungarische Goldrente 92,40.

London, 7. Nov. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen geschäftlos. Andere Getreidearten sehr ruhig, beinahe unverändert. — Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 68 460, Gerste 3460, Hafer 37 810 Dirs. — Wetter: Unstetig.

London, 7. Novbr. [Schluß-Course.] Con- sol 96%, 5 A. Italienische Rente 71%, Lombarden 6%, 3 A. Lombarden-Prioritäten alte 9%, 3 A. Lomb.-Priorit. neue 9, 5 A. Russen de 1871 78, 5 A. Russen de 1872 77%, Silber 55, Türkische Anleihe de 1865 10, 5 A. Türken de 1869 10%, 5 A. Vereinigte Staaten für 1885 —, 5 A. Vere- einigte Staaten 5 A. fundirt 106%, Oesterreichische Silberrente 57, Oesterreichische Papierrente 54, 6 A. ungar. Schatzbonds 95%, 6 A. ungarische Schatz- bonds 2. Emission 87, 6 A. Peruaner 13%, Spanier 12%, 5 A. Russen de 1873 79%, — Platzdiscout 3 1/4 %.

Aus der Bank flossen heute 94 000 Pfd. Sterl. Liverpool, 7. November. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 B. Williger, auf Zeit flau. Ame- rikaner aus irgend einem Hafen neue Ernte Novbr.-Dezbr.-Lieferung 6% d.

Paris, 7. November. (Schlußbericht.) 3 A. Rente 70,25, Anleihe de 1872 105,20, Italiensische 5 A. Rente 71,62%, Oesterreich. Goldrente 62,70, Italieni- sche Tabaks-Obligationen —, Franzosen 550,00, Lomb.

ardische Eisenbahn-Actien 166,25, Lombardische Prioritäten 227,00, Türken de 1865 10,20, Türken de 1869 49,00, Türkenloose 32,25, Credit mo- bilier 147, Spanier ext. 12%, do. inter. 12, Suez- canal-Actien 690, Banque ottomane 362, Sociéte ge- nerale —, Credit foncier 640, neue Egypter 167, Wechsel auf London 25,16. — Börse matt, Schluß besser.

Paris, 7. November. Productenmarkt. Weizen fest, Weiz Novbr. 32,50, Weiz Dezbr. 32,00, Weiz Januar-Febr. 32,00, Weiz März-April 32,00, Weiz fest, Weiz Novbr. 69,50, Weiz Dezbr. 69,50, Weiz Januar-Februar 69,50, Weiz März-April 69,50, Weiz fest, Weiz Novbr. 97,00, Weiz Dezbr. 98,25, Weiz Januar-April 99,50, Weiz Mai-August 98,00, Spiritus weichend, Weiz Novbr. 57,50, Weiz Jan.-April 61,00.

Antwerpen, 7. Novbr. Getreidemarkt geschäftlos. — Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 30 bez. und Br., Weiz Novbr. 29 1/2 bez. und Br., Weiz Dezbr. 30 1/2 bez. u. Br., Weiz Januar 31 bez. u. Br., Weiz Febr. 30 1/2 Br. — Weichend.

Productenmärkte.

Königsberg, 7. Novbr. (v. Fortatius & Groth.) Weizen für 1000 Kilo hochbunter 127 1/2 218,75 A., bunter russ. 124 1/2 162,25 A., rother 126 1/2 188,25, russ. 124 1/2 188,25, 125 1/2 193, 127 1/2 190,50, 129 1/2 182,25, 129/30 195,25 A. bez. — Roggen für 1000 Kilo inländischer 120 1/2 135, 124 1/2 142,50, 126/7 145 A. bez., fremder 106 1/2 105 A. bez., Novbr. 129 A. Br., 127 A. Gd., Frühjahr 133 A. Br., 131 A. Gd., — Gerste für 1000 Kilo große 128,50, russ. 122,75 A. bez., kleine russ. 121,50, 122,75 A. bez. — Hafer für 1000 Kilo loco 112, 132, russ. 88, 96, 100, 112 A. bez. — Erbsen für 1000 Kilo graue 133,25, 175,50, A. grüne 144,50, 160, 177,75 A. bez. — Weizen für 1000 Kilo mittel 171,50, 177 A. bez. — Weizen für 1000 Kilo ohne Weiz in Weizen von 5000 Liter und darüber, loco 48 1/2 A. bez., Nov. 49 A. Br., 48 1/2 A. Gd., Dezbr. 49 A. Br., 49 1/2 A. Gd., Novbr.-März 49 1/2 A. Gd., Frühjahr 52 A. Br., 51 1/2 A. Gd., Mai-Juni 52 1/2 A. Br., 52 A. Gd., Juni 53 1/2 A. Br., 52 1/2 A. Gd., kurze Lieferung 48 1/2 A. bez.

Stettin, 7. November. Weizen für Novbr. 213,00 A., Frühjahr 207,00 A. — Roggen für Novbr.-Dezbr. 135,00 A., Weiz Frühjahr 140,00 A. — Hafer für Novbr. 145,00 A., Weiz Frühjahr — A. — Weizen für 100 Kilogr. für Novbr. 72,00 A., Weiz Novbr.-Dezbr. 71,00 A., Weiz April-Mai 72,00 A. — Spiritus loco 48,80 A., Weiz Novbr. 48,30 A., Weiz Novbr.-Dezember 48,00 A., Weiz Frühjahr 50,70 A. — Petroleum für November 12,75 A.

Berlin, 7. Nov. [Originalbericht von E. Faltn.] Trotz auswärtiger flauer Berichte hatten wir heute einen recht festen Getreidemarkt. Weizen hatte auf vorbere Termine zwar einiges Realisationsangebot für engl. Rechnung, wodurch die Stimmung etwas ermattete, dagegen konnte Frühjahr sich gut behaupten.

Bei Mangel an auswärtiger Theilnehmung war das Geschäft im Ganzen wenig belebt und bewegte sich der Verkehr lediglich zwischen Maklern und Speculanten loco gut behauptet. — Roggen hatte bei flotterem Effectinggeschäft, bessere Beachtung auf vordere Termine zu anziehenden Preisen, doch war der Schluß schwächer, wenn auch unverändert wie gestern. Für die Kündigung find hiesige Müller Nehmer, da sie sich noch vor Eintritt des Frostes versorgen wollen. — Rüböl war sehr fest, trotz französischer Realisationen, vordere Termine bleiben bei hiesigen Mählern in Deckung gefragt, da loco Waare zur Erledigung der Verschlässe mangelt. — Spiritus durch Provinzialverkäufe etwas schwächer, im Ganzen aber wenig verändert. — Petroleum matt. — Roggenmehl wenig verändert. — Weizen 1000 Kilo, gefündigt 7000 Ctr., Ründigungspreis 216 A, loco 200—237 A n. Qual., gelb schles. märk. u. mecklenb. 210—220 A ab Bahn bez., 7. Nov. 216—217—215—215 1/2 A bez., 7. Nov. Debr. 213—212 1/2—213 A bez., 7. Nov. Debr. — A, 7. Nov. April-Mai 1878 208—209 A bez., 7. Nov. 1000 Kilo, gefündigt 8000 Ctr., Ründigungspreis 136 1/2 A, loco 135—157 A nach Qualität, alt russischer 135—137 A ab Bahn bez., neu russ. 136—140 A ab

Bahn bez., inländ. 150—156 A ab Bahn bez., 7. Novbr. 137—136 1/2 A bez., 7. Novbr. 137 bis 136 1/2 A bez., 7. Novbr. 138 1/2 A bez., 7. April-Mai 1878 143—142—142 1/2 A bez., 7. Rüböl 100 Kilo mit Faß, gefündigt 200 Cent., Ründigungspreis 73,3 A, loco mit Faß 75 A, loco ohne Faß 73,5 A, 7. Novbr. 73,2—73,3—73,5 A bez., 7. Novbr. Debr. 72,4—72,7 A bez., 7. Novbr. Jan. 72—72,5—72,3 A bez., 7. April-Mai 1878 72 A bez., 7. Mai-Juni — A — Spiritus 1000 Kilo mit Faß, gefünd. — Liter, Ründigungspreis — A, 7. Novbr. 49,2—49,1 A bez., 7. Novbr. Debr. 49 A bez., 7. Novbr. Jan. 49,3—49,2 A bez., 7. April-Mai 1878 51,6—51,7 A bez., 7. Mai-Juni 51,9 A bez., loco ohne Faß — A bez., 7. Petroleum 7. Novbr. 160 Kilo mit Faß, gefündigt 200 Ctr., Ründigungspreis 26 A, loco 28 A, 7. Novbr. 26—26,2 A bez., 7. Novbr. Debr. 26—26,2 A bez., 7. Novbr. Jan. 27,4—27,5 A bez., 7. Jan.-Februar 27,6 A bez., 7. April-Mai 1878 — A bez., 7. Velsaaten 7. Novbr. 1000 Kilo, Winter-Weizen 310—330 A, Winter-Rüben 310—325 A — Weizenmehl nach Grad 7. Novbr. 100 Kilo loco No. 00 32—30 A, No. 0 30—29 A, No. 0 and 1 28 1/2—27 A —

Roggenmehl incl. Sad 7. Novbr. 100 Kilo loco No. 0 33—21 A, No. 0 and 1 20—18 1/2 A, 7. Novbr. 19,95 A bez., 7. Novbr. Debr. 19,95 A bez., 7. Novbr. Jan. 20,05 A bez., 7. Novbr. Februar 20,10 A bez., 7. Novbr. März 20,10 A bez., 7. April-Mai 20,15 A bez.

Schiffs-Liste
Neufahrwasser, 7. Nov. Wind: SW.
Angelommen: Pomerania, Krause, London Ballast.
Geflegt: Krefmann (SD.), Scherlau, Königsberg, Ballast.

8. November. Wind SW.
Geflegt: Wid. Laffies, Moir, Düntkirchen, Melasse. — Vorwärts, Haad, London, Holz.
Ankommead: 1 Schooner, 1 Russ.
Thorn, 7. Nov. Wasserstand 1 Fuß 10 Zoll.
Wind: SW. Wetter: schön.

Stromauf.
Von Danzig nach Warschau: Bessin, Danben u. Id, Koblisen, Daz, Chrom, Kali, Kaffee.
Stromab:
Baarmann, Natansohn u. S., Warschau, Danzig, 1 Kahn, 1216 St. 57 A Melasse.

Baarmann, Natansohn u. S., Warschau, Danzig, 1 Kahn, 1211 St. 50 A Melasse.
Engelhardt, Natansohn u. S., Warschau, Danzig, 1 Kahn, 1225 St. 15 A Melasse.
Golisch, Natansohn u. Co., Warschau, Danzig, 1 Kahn, 1113 St. 31 A Melasse.
Schubert, Ulich, Dobrajow, Danzig, 1 Kahn, 1534 St. 50 A Weizen.
Matheß, Ulich, Dobrajow, Danzig, 1 Kahn, 1265 St. Melasse.
Kujas, Ulich, Dobrajow, Danzig, 1 Kahn, 1182 St. 50 A Melasse.
Markowski, Wolfsohn, Ploß, Danzig, 1 Kahn, 1361 St. Weizen.
Guhl, Sojans, Wyszogrod, Danzig, 1 Kahn, 1154 St. 79 A Weizen.
Bengsch, Oberfeld, Dobrajow, Danzig, 1 Kahn, 765 St. Weizen, 510 St. Roggen.
Kabel, Aftanas, Ploß, Bromberg, 1 Kahn, 1122 St. Roggen.
Kotowski, Fuhrmann, Lumsk, Thorn, 1 Kahn, 249 St. 60 A Weizen, 1064 St. 11 A Roggen.
Frisz, Mondzejewski, Radcin, Culm, 2 Galler, 60 Kistler Brennholz.

Berliner Fondsbörse vom 7. November 1877.

Die heutige Börse trug wiederum eine eher matte Färbung; sie hatte zwar in festerer Haltung, wenn schon unter mehrfachen Courseermäßigungen, das Geschäft eröffnet, indes blieb bei dem so ungemein eingeschränkten Geschäftsverkehr eine langsam zunehmende Abschwächung nicht lange aus. Geld stellte sich im Allgemeinen knapper, feinste Briefe begehren auf offenen Märkte 4 1/2 pSt., während Schattscheine 7. Ja-

nuar und Februar zu 4 1/2 pSt. gehandelt wurden. Die Coursechwankungen der internationalen Speculationspapiere blieben sehr klein, schlugen aber fast durchgängig wachsende Richtung ein. Oester. Creditactien und Franzosen verhältnismäßig still. Die österreichischen Nebenbahnen waren bei sehr tragem Geschäft wenig fest, Galizier ließen etwas in der Notiz nach. Dagegen zeigten sich die localen Speculationseffekten im Allge-

meinen fester. In ähnlicher Weise verhielten sich auch die ausländischen Staatsanleihen, dieselben begannen mit Courseinbußen, die sie, obschon später in der Haltung eine Besserung erlitt, doch nicht vollständig ausgleichen konnten. Oester. Renten schwach, Italiener still und Russische Werthe nachgebend. Preussische und andere deutsche Staatsanleihen wenig verändert und sehr still. Einheimische Eisenbahnprioritäten waren

fest und wurden auch etwas lebhafter umgesetzt. Auswärtige Prioritäten setzten aber still. Auf dem Eisenbahn-Actienmarkt stagnirte mit wenig Ausnahmen das Geschäft fast ganz. Leichte Bahnen unbelebt. Baufactien theilhaftig sich nur in geringem Maße am Verkehr. Danziger Privatbank zog etwas an. Industriepapiere fanden wenig Beachtung.

Deutsche Fonds			Hypotheken-Pfandbr.			Ausländische Fonds			Bank- und Industrieactien		
Consolidirte Anl.	4 1/2	104	Ant. Pf. Pr. G. St.	5	101	do. Stiegl. & Anl.	5	80,40	Ahlener	119,75	9 1/4
Pr. Staats-Anl.	4 1/2	95,10	Ant. Pf. Pr. G. St.	5	103	do. Präm.-Anl. 1864	5	136,10	W. St. Pr.	16,50	0
Staats-Schuld.	4 1/2	93,25	Ant. Pf. Pr. G. St.	5	101,80	do. von 1866	5	134	W. St. Pr.	72	4
Pr. Präm.-Anl. 1855	4 1/2	135	do. do.	5	107,25	Russ. Mob. Cred. Pf.	5	71,75	W. St. Pr.	35,50	1/2
Deutsche Reichs-Anl.	4 1/2	95,75	do. do.	5	100	Russ. Central. do.	5	73,75	W. St. Pr.	13,25	0
Landes-Anl. 1868	4 1/2	94,90	do. do.	5	107	Russ. Pol. Schatzp.	5	76,40	W. St. Pr.	24,50	0
Landes-Anl. 1870	4 1/2	93,75	do. do.	5	107	Russ. Pol. Schatzp.	5	61,25	W. St. Pr.	43,25	0
do. do.	4 1/2	94,40	do. do.	5	107	Russ. Pol. Schatzp.	5	53,75	W. St. Pr.	105	7
do. do.	4 1/2	101,90	do. do.	5	107	Russ. Pol. Schatzp.	5	102,60	W. St. Pr.	43,75	6
do. do.	4 1/2	83	do. do.	5	107	Russ. Pol. Schatzp.	5	104,70	W. St. Pr.	50,10	5
do. do.	4 1/2	94,40	do. do.	5	107	Russ. Pol. Schatzp.	5	104,10	W. St. Pr.	15	0
do. do.	4 1/2	101,80	do. do.	5	107	Russ. Pol. Schatzp.	5	104,10	W. St. Pr.	188	5 1/2
do. do.	4 1/2	94,10	do. do.	5	107	Russ. Pol. Schatzp.	5	104,10	W. St. Pr.	78	0
do. do.	4 1/2	93,20	do. do.	5	107	Russ. Pol. Schatzp.	5	104,10	W. St. Pr.	40,50	4 1/4
do. do.	4 1/2	100,90	do. do.	5	107	Russ. Pol. Schatzp.	5	104,10	W. St. Pr.	15	0
do. do.	4 1/2	100,70	do. do.	5	107	Russ. Pol. Schatzp.	5	104,10	W. St. Pr.	52,75	5
do. do.	4 1/2	103	do. do.	5	107	Russ. Pol. Schatzp.	5	104,10	W. St. Pr.	111	6 3/4
do. do.	4 1/2	93	do. do.	5	107	Russ. Pol. Schatzp.	5	104,10	W. St. Pr.	3,50	0
do. do.	4 1/2	100,90	do. do.	5	107	Russ. Pol. Schatzp.	5	104,10	W. St. Pr.	13,20	3/5
do. do.	4 1/2	94,80	do. do.	5	107	Russ. Pol. Schatzp.	5	104,10	W. St. Pr.	151	6 1/2
do. do.	4 1/2	94,90	do. do.	5	107	Russ. Pol. Schatzp.	5	104,10	W. St. Pr.	6,50	0
do. do.	4 1/2	119,50	do. do.	5	107	Russ. Pol. Schatzp.	5	104,10	W. St. Pr.	40	0
do. do.	4 1/2	121	do. do.	5	107	Russ. Pol. Schatzp.	5	104,10	W. St. Pr.	149,50	10 1/2
do. do.	4 1/2	82,30	do. do.	5	107	Russ. Pol. Schatzp.	5	104,10	W. St. Pr.	71,25	2 1/2
do. do.	4 1/2	110,25	do. do.	5	107	Russ. Pol. Schatzp.	5	104,10	W. St. Pr.	68,75	0
do. do.	4 1/2	173,80	do. do.	5	107	Russ. Pol. Schatzp.	5	104,10	W. St. Pr.	66	0
do. do.	4 1/2	169,90	do. do.	5	107	Russ. Pol. Schatzp.	5	104,10	W. St. Pr.	3,60	0
do. do.	4 1/2	135,10	do. do.	5	107	Russ. Pol. Schatzp.	5	104,10	W. St. Pr.	69,50	0

Verantwortlicher Redacteur H. Ködner.
Druck und Verlag von H. B. Kefmann in Danzig.